

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 3

**IG Metall Erfolg
hätte politische
Wirkungen**



S. 5

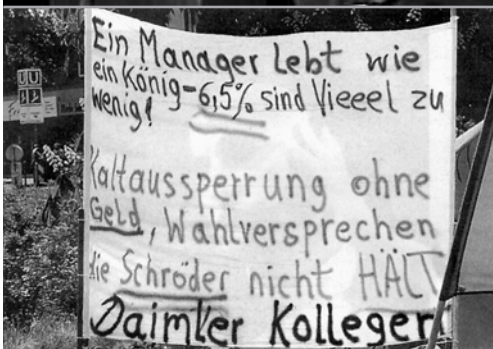
**Rifondazione
comunista – „Wende
nach links“**

S. 12

**1. Mai: Erfolgreiche
Proteste gegen
NPD Aufmärsche**

S. 15

**Direkte Demokratie –
ver.di greift zur
Volksinitiative**



S. 19

**PDS: Sofortmaß-
nahmen zum Abbau
der Arbeitslosigkeit**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

DESERTEURE. Am 24. April fand eine Anhörung des Rechtsausschusses über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Urrechtsurteile in der Strafrechtspflege (14/5612) statt. Die Gesetzesinitiative sieht die Abschaffung von Einzelfallprüfungen vor, denen sich Deserteure der Wehrmacht sowie Homosexuelle bis heute unterziehen müssen, um rehabilitiert zu werden.

Franz Seidler, Professor für Neuere Geschichte an der Münchner Bundeswehruniversität, äußerte altbekannte Vorbehalte. Zum einen würden mit der Einführung dieses Gesetzes etwa eine Viertelmillion Urteile annulliert, ohne dass eine nachvollziehbare Abgrenzung festzumachen wäre zwischen den Militärgerichtsurteilen, die aufgehoben werden, und denen, die beibehalten werden sollen. Seidler betonte, dass Straftaten wie Desertion in allen Armeen der Welt als Vergehen oder Verbrechen gelten. Seiner Ansicht nach würde das Gesetz die Wurzeln des militärischen Lebens, die Ordnung der Streitkräfte und die Einsatzbereitschaft der Truppe beschädigen.

Professor Peter Steinbach von der Universität Karlsruhe widersprach dieser Auffassung. Es sei heute unbestritten, dass die Nationalsozialisten einen Rassen- und Weltanschauungskrieg geführt hätten. Dieser Krieg mache alle Versuche obsolet, die militärischen Aktionen der Deutschen Wehrmacht soldatisch zu rechtfertigen. Steinbach begrüßte die Gesetzesinitiative und empfahl eine grundsätzliche Rechtfertigung der Desertion während des Dritten Reichs. Er betonte, dass Desertion nicht als Ausdruck von Feigheit, sondern als Abwendung von einem menschenverachtenden, totalitären Regime zu werten sei. Von Verantwortungslosigkeit, Kameradenverrat oder Gefährdung der Zivilbevölkerung könne in diesem Zusammenhang keine Rede sein.

Auch Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz und selbst Deserteur, begrüßte die Gesetzesvorlage. Baumann schilderte, wie er von der Reichswehr nach seiner Desertion gefasst, gefoltert und gefangengesetzt worden sei und auch nach dem Krieg mit zahlreichen politischen sowie gesellschaftlichen Demütigungen habe fertig werden müssen. Er habe seit 1945 erfolglos um seine Rehabilitation gekämpft. Der vorgelegte Gesetzentwurf stelle seine Würde wieder her, sagte Baumann. (nach hib)

VERWÄSSERT. Das Informationsfreiheitsgesetz sollte – so die Absichtserklärung der Verbraucherschutzministerin Künast – nach skandinavischem Muster, dem Bürger ermöglichen, durch Akteneinsicht Behörden, aber auch Unternehmen kontrollieren zu können. Inzwischen liegen aktualisierte Regierungsvorschläge vor, bei denen die Wünsche der

Bundesministerien für Verteidigung, für Finanzen, für Wirtschaft sowie des Bundeskanzleramtes praktisch vollständig umgesetzt wurden: Die Geheimdienste und der Wehrbereich sollen vollständig von der Möglichkeit der Akteneinsicht ausgenommen werden. Nicht nur gesetzliche Geheimhaltungsvorschriften sollen die Offenlegung ausschließen – von der Verwaltung selbst erlassene Vorschriften sollen genügen. Durch den absoluten Ausschluss von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen wird es privaten Unternehmen ins Belieben gestellt, öffentlich relevante Firmendaten der absoluten Geheimhaltung zu unterwerfen. Nach Ansicht der Deutschen Vereinigung für Datenschutz verkehren die jüngsten – auch in der Regierung strittigen – Regelungsvorschläge die ursprüngliche „Transparenzabsichten“ in ihre Gegenteil. „Es ist zu begrüßen, dass die Regierung kurz vor Ende der Legislaturperiode dieses überfällige Projekt überhaupt noch anfasst“, sagt DVD-Vorsitzender Thilo Weichert. „Sie sollte sich aber nicht dadurch der Lächerlichkeit preisgeben, dass sie dabei mehr Öffentlichkeit ausschließt als heute schon im Rahmen von Ermessensausübung bei der Informationspolitik möglich ist.“ Wer die Kontrolle ins Belieben derjenigen stelle, die kontrolliert werden sollen, begeben sich auf das Niveau einer Bananenrepublik. Nach den Korruptions- und Finanzskandalen müsse sich Deutschland von diesem Image gerade befreien. „Wer Korruptionsbekämpfung mit Transparenz bekämpfen will, der kann die korruptionsgefährdetsten Bereiche des Staates von der Transparenz nicht ausschließen“, fordert Weichert. (nach NGO-online.de)

PARLAMENTSBRÜSKIERUNG. Zur deutschen Übernahme des Flottenkommandos am Horn von Afrika erklärt der außenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion, Wolfgang Gehrcke: Die Kommando-Übernahme ohne eine Information des Bundestages markiert einen weiteren Schritt, Deutschland in kommende kriegerische Auseinandersetzungen einzubinden. Dieses Kommando ebenso wie die Stationierung der ABC-Spürpanzer in Kuwait steht zweifellos in Verbindung mit den Kriegsvorbereitungen der USA gegen den Irak. Dies weiß die Bundesregierung. Und schon jetzt ist ihr Argument voraus zu ahnen, dass die USA einen Abzug der deutschen Verbände im Falle eines Irak-Krieges als Bruch der Solidarität verstehen und werten würden. Fazit: Mit einem Bein steht Deutschland bereits in einem kommenden Nahost-Krieg. Schröders uneingeschränkte Solidarität fordert ihren Preis. Da bleiben die Rechte des Parlaments schon mal auf der Strecke. Noch vor zwei Wochen hieß es zum Flottenkommando, man prüfe nur und nichts sei entschieden. Wie man sieht, Schall und Rauch. Was zählen die Parlamentsrechte, wenn man die internationale Leiter hinauf klettern kann!

Erfolg des Streiks hätte politische Wirkungen

Zwar gibt es einige Zeitungskommentatoren, die meinen, der Streik nütze Stoiber und schade Rotgrün, das dürfte aber ein Irrtum sein. Warum sollte die politische Rechte gestärkt werden, wenn solidarisches Handeln in den Vordergrund rückt und weit über die unmittelbar am Streik beteiligten hinaus als Handlungsmaxime Vorbildwirkung zeigt?

Auch wirtschaftlich wird der Streik einer Reformpolitik nicht schaden. Die IG Metall hat recht, wenn sie darauf verweist, dass durch eine ordentliche Lohnerhöhung die Binnennachfrage steigt, die Sozialversicherungen einige Probleme loswerden und auch die Kommunen durch höhere Steuereinnahmen davon profitieren werden. Ein erfolgreicher Streik der Metalller wird schließlich den ebenfalls in Tarifaueinandersetzung stehenden Beschäftigten in der Bauindustrie, dem Handel und der Druckindustrie den Rücken stärken.

Die öffentliche Meinung steht bisher eher mit großer Sympathie dem Streik gegenüber; das Argument der IG Metall („Volle Kassen der Unternehmen haben keine neuen Arbeitsplätze gebracht ...“) leuchtet vielen ein.

Wir haben einige Argumente zur Streiktaktik der IG Metall zusammengestellt und den Hinweis, dass mit dem vermutlich von den Unternehmern geschluckten Abschluss über die Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten ein wichtiges Ziel der IG Metall bereits erreicht wurde.

Gute Mobilisierung

Die Forderungsdiskussion und die Beteiligung an den Warnstreiks hatten seit Wochen eine große Mobilisierung zur Durchsetzung eines guten Lohnabschlusses signalisiert. Jetzt hat die Urabstimmung diese Mobilisierung auch in Zahlen geklärt. Zur Urabstimmung aufgerufen waren in Baden-Württemberg etwas mehr als 200 000 Beschäftigte in 831 verbandsgebundenen Unternehmen. 195 361 oder 96,2% gaben ihre Stimme ab, 182 854 oder 90,04% mit Ja, 12 198 mit Nein. Dabei reichte die Bandbreite in den Verwaltungsstellen der IG Metall von 80,9% in Tauberbischofsheim bis zu 94,8% in Friedrichshafen. Alle Verwaltungsstellen lagen damit klar bis weit über den satzungsmäßig geforderten 75% Zustimmung. Also auch diejenigen Verwaltungsstellen, die nicht durch Großunternehmen, sondern durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägt



Die IG Metall Stuttgart berichtet: Über 40 000 Beschäftigte bei DaimlerChrysler in Sindelfingen, DaimlerChrysler Werksteile Hedelfingen, Bad Cannstatt und Zuffenhausen, Porsche in Zuffenhausen, Mahle Werk 2 in Bad Cannstatt und Krupp Automotive Systems in Zuffenhausen beteiligten sich am ersten Streiktag und legten alle Produktionen still. Vor den Toren herrschte unter den Streikposten neben guter Laune mit Musik auch eine kämpferische Stimmung. Den ganzen Montag, 6. Mai, konnte im Umkreis der Werkstore und Pforten kein Streikbrecher entdeckt werden.



sind. Das war nicht selbstverständlich, nachdem im Vorfeld die höchsten Forderungen aus den Großunternehmen, speziell der Automobilindustrie, gekommen waren.

Der Streik, der in Baden-Württemberg am 6. Mai begonnen hat, wird mit einer

völlig neuen Taktik geführt werden. Bei früheren Streiks blieben die beteiligten Belegschaften solange im Ausstand, bis ein Ergebnis vorlag. Diesmal wird die IG Metall die betroffenen Belegschaften, darunter die der Automobilindustrie, zu eintägigen Arbeitsniederlegungen auf-

Solidarität global

Das ist auch Globalisierung, nämlich Solidarität global: Am 6. und 7. Mai legen die Beschäftigten bei DaimlerChrysler in Brasilien die Arbeit für eine halbe Stunde nieder. In den Werken Sao Bernardo (Lastwagen und Busse) und Juiz de Fora (C- und A-Klasse) zeigen die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen Solidarität.

Im folgenden die Solidaritätserklärung der brasilianischen Gewerkschaftsvertreter des DC-Werkes in Sao Bernardo.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kurz vor Eurer Urabstimmung über einen möglichen Streik möchten wir Euch Grüße unserer Solidarität für Euren Kampf schicken.

Immer wenn den deutschen Beschäftigten eine erfolgreiche Auseinandersetzung gelingt, ist es für uns wie ein Leuchtfeuer, ein erfolgreiches Beispiel, dem die brasilianischen Beschäftigten folgen sollten.

Da wir daran denken, was in den letzten Streikbewegungen in Brasilien (November 2000) und in Südafrika (August 2001) geschah, als das Unternehmen

versucht hat, die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften zu erpressen, indem es als globalisiertes Unternehmen damit gedroht hatte, einen Produktionsausfall durch Zulieferungen aus dem jeweiligen Ausland zu ersetzen, haben wir als Interessenvertreter der Beschäftigten von DaimlerChrysler Brasilien beschlossen, dem Unternehmen unmissverständlich mitzuteilen, dass wir es nicht akzeptieren werden, gegen unsere Brüder und Schwestern in Deutschland ausgespielt zu werden. Wir werden deshalb einen Solidaritätsstreik von mindestens einer halben Stunde zu Beginn der Frühschicht am 6. Mai in Sao Bernardo (LKW und Busse) und am 7. Mai in Juiz de Fora (C- und A-Klasse) durchführen. Darüber hinaus stehen wir für Euch bereit, wenn Ihr weitere Solidaritätsaktionen benötigt.

Wir wünschen Euch Kraft und vollen Erfolg!! Gemeinsam mit Euch in Eurem Kampf. In Solidarität

Valter Sanchez, Koordinator des Betriebsrates des DaimlerChrysler-Werkes von Sao Bernardo, brasilianischer Gewerkschaftsvertreter in der Internationalen Arbeitsgruppe bei DaimlerChrysler Gewerkschaft der Metallarbeiter der Region ABC – CNM/CUT

rufen, die sich bei längerer Streikdauer wiederholen könnten. Hintergrund ist der sogenannte Anti-Streik-Paragraph der Kohl-Regierung, früher im Arbeitsförderergesetz, heute im Sozialgesetzbuch. Er untersagt die Auszahlung von Kurzarbeitergeld an Belegschaften, die durch die Fernwirkungen eines Arbeitskampfes nicht weiterarbeiten können, weil die Zulieferung aus bestreikten Unternehmen fehlt oder weil an bestreikten Unternehmen nicht geliefert werden kann. Die moderne Vernetzung der Konzerne mit ihren Zulieferern provoziert diese Fernwirkungen in kürzester Zeit. Und die SPD-Grünen-Regierung hat den Anti-Streik-Paragraphen trotz Wahlversprechen und Regierungsprogramm nicht kassiert. Die Beschränkung auf eintägige Arbeitsniederlegungen soll

die Fernwirkungen und damit die „kalte Aussperrung“ von Belegschaften ohne Kurzarbeitergeld und gewerkschaftliche Streikunterstützung von vornherein minimieren.

1995, beim letzten Metallerstreik in Bayern, hatte die IG Metall die Fernwirkungen noch dadurch vermeiden wollen, dass sie die Just-in-time-vernetzten (Auto-) Konzerne nicht bestreikte, sondern sich vor allem auf den Maschinenbau konzentrierte. Jetzt also die Beschränkung auf kurze Arbeitsniederlegungen, aber mit Schwerpunkt große Industrie. Auf Akzeptanz und Wirkung kann man gespannt sein. Immerhin mutet man Belegschaften zu, in der aufgeheizten Stimmung eines Streiks und ohne Gewissheit eines annehmbaren Resultats wieder zu arbeiten, kaum dass die

Arbeit zum Erliegen gebracht ist. Andererseits stellt sich die Frage, wie viel Durchsetzungskraft mit den Ein-Tages-Aktionen entwickelt werden kann. Sicher verursachen auch sie beachtliche Produktionsausfälle. Trotzdem machen diese Aktionen mehr den Eindruck von erweiterten Warnstreiks (mit Geld aus der Streikkasse sowie Urabstimmung). Das Drohmoment nach dem Motto „Wir könnten noch lange für Unruhe sorgen, wenn ihr euch nicht bewegt“ steht mehr im Vordergrund als das Signal „Wir fassen die Arbeit erst dann wieder an, wenn wir ein Ergebnis haben“. Es muss sich zeigen, wieviel Kampfgewicht die IG Metall so auf die Waage bringen kann.

Die politische Auseinandersetzung um die Rücknahme des Anti-Streik-Paragraphen bleibt jedenfalls aktuell. *rok*

IG Metall Bezirksleiter Berthold Huber

Flexi-Streik – was ist das?

Der neue Streik-Ansatz der IG Metall heißt Flexi-Streik. Was will die IG Metall damit? Fragen an Bezirksleiter Berthold Huber.

Warum wählt die IG Metall diesen Streikansatz?

Unser Hauptziel ist es, kalte Aussperrung möglichst zu verhindern und den Arbeitgebern die heiße Aussperrung zu erschweren. Wird etwa ein wichtiger Zulieferbetrieb bestreikt, werden bei den heutigen Lieferverflechtungen ganz schnell Betriebe innerhalb und außerhalb des Streikgebiets lahmgelegt. Die Beschäftigten würden kalt ausgesperrt, weil sie nicht mehr arbeiten könnten. Sie bekommen dafür kein Geld – weder vom Arbeitgeber noch vom Arbeitsamt; auch die IG Metall kann sie nicht bezahlen. Bei kurzen Streiks und in Kenntnis der Lieferverflechtungen können wir diese Gefahr weitgehend ausschließen.

Gibt es denn genug Druck auf die Arbeitgeber, wenn nur ein Tag gestreikt wird?

Ja, da bin ich mir sicher. Wir sehen ja nicht nur den einzelnen Betrieb. Wir haben viele, viele Betriebe im ganzen Land, die sich täglich mit Aktionen abwechseln werden. Das sorgt insgesamt für ordentlichen Druck auf die Arbeitgeber. Wir zeigen mit diesem Streikansatz auch, dass wir die Unternehmen nicht kaputt streiken wollen. Wir wollen ein Tarifiergebnis. Sollten die Arbeitgeber nicht einlenken, dann sind wir steigerungsfähig. Da kann ich mir noch vieles vorstellen.

Der Streikansatz erfordert aber viel Disziplin.

Ja, das ist richtig. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen um diese Disziplin. Es geht um unser gemeinsames Ziel, um unsere Forderung – wir streiken ja nicht

zum Spaß. Unser Streikkonzept ermöglicht es uns, viel mehr Kolleginnen und Kollegen an den Aktionen zu beteiligen, als das mit dem alten Konzept des Flächenstreiks möglich war. Die Streiks im ganzen Land – auch im Süden – werden insgesamt gesehen ihre Wirkung nicht verfehlen, da bin ich mir sicher. Wir verteilen damit auch die Konflikte und Schwierigkeiten, die bestimmt auf uns zukommen werden, auf mehr Schultern. So erreichen wir eine Solidarität über ganz Baden-Württemberg und erzeugen einen Druck auf die Arbeitgeber, an dem sie nicht vorbei kommen werden.

(aus Streiknachrichten Nr. 1, 7. Mai)

IG Metall lässt ERA nicht kippen

Bezirksleiter Berthold Huber auf der Urabstimmungskonferenz am 27.4.:

In unserer Tariffbewegung geht es neben mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung auch um die Frage des gemeinsamen Entgeltrahmentarifvertrages ... Wir haben, wie ich meine, ein gutes Zwischenergebnis in Eckpunkten fixiert.

Die Arbeitgeberseite erklärt nun, dass sie den Abschluss zum Entgeltrahmentarifvertrag für Arbeiter und Angestellte unter den Vorbehalt stellt, dass auch die Lohnzahl in ihrem Sinne stimme. Dieses Junktim ist mehr als kurzsichtig ... Die Arbeitgeber versuchen mit ihrem Junktim den Eindruck zu erwecken, als ob sie uns, der IG Metall, einen Gefallen tun. Mitnichten, sie tun sich einen Gefallen und zwar einfach deswegen, weil unsere Rahmentarifverträge den heutigen Anforderungen an Arbeit nicht mehr gerecht werden ... Wir brauchen eine gerechtere Bewertung von Arbeit im Zeitlohn und insbesondere von Facharbeit.

Die Dimension, um die es wirklich geht, will ich an einem Beispiel deutlich machen. Ein junger Werkzeugmacher, der seine Prüfung mit gut bestanden hat, verdient heute per Tarifvertrag über 300 € weniger, wie ein technischer Zeichner,

der seine Prüfung auch mit gut abgeschlossen hat und im gleichen Alter ist. Kann mir irgendjemand erklären, wie das zu rechtfertigen wäre?

Klar ist, ein neuer Entgeltrahmentarifvertrag ist nicht umsonst zu haben. Wir haben uns mit den Arbeitgebern darauf verständigt, dass die IG Metall in den nächsten Jahren über Strukturkomponenten 2,79 % für die Finanzierung dieser Anpassung einbringen muss. Wir haben uns weiter bereit erklärt, dass dies im Rahmen des jeweiligen Gesamtvolumens geschieht. Wir haben uns darüber hinaus bereit erklärt, den Betrieben zeitlich befristet Entlastung von Mehrkosten durch die Einführung des neuen Rahmentarifvertrages zu geben.

Ich kann den Arbeitgebern nur sagen: wenn ihr das Verhandlungsergebnis zu ERA infrage stellt, dann gelten unserer Zusagen auch nicht mehr. Dann werden wir die Anpassungsschritte für unserer Zeitlöhnerinnen und Zeitlöhner als zusätzliche Forderung in die nächsten Tarifrunden einbringen. Also, sehr geehrte Herren auf der anderen Seite des Verhandlungstisches, überlegt euch gut, was ihr uns zumutet.

An uns gerichtet will ich anmerken: der neue Entgeltrahmen für Arbeiter und Angestellte, mit einer gerechteren Bewertung für gleichwertige Arbeit, ist vielleicht das größte Reformprojekt, das die IG Metall jemals angepackt hat. Und die Ergebnisse dieses Projektes werden die nächsten 20, 30 und noch mehr Jahre die Entgeltrealität in den Betrieben bestimmen. Dies heißt auch, dieser Entgeltrahmentarifvertrag hat mehr Einfluss auf die Entwicklung jedes einzelnen Kollegen und jeder einzelnen Kollegin, als es eine Lohn- und Gehaltsrunde haben wird. Bedenkt das bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen bleiben wir dabei: ERA wird kommen, der gemeinsame Entgeltrahmentarifvertrag muss kommen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit in unseren eigenen Reihen.

Grün wirkt – staatstragend, selbstbezogen

Die Wahlkampagne der Bündnisgrünen wird unerfreulich. Die Partei gibt ihren basisdemokratischen Charakter auf und verlegt sich darauf, weltweit ökologische und soziale Regeln zu setzen (siehe unten 8 für 8, davon der 7). Einen Konsens oder einen Kompromiss finden Leute oder Organisationen, indem und soweit sie sich als Gleiche anerkennen. In der Rede vom Setzen der Regeln ist hingegen die eine, die wirkende Seite, ganz Person, ganz Macht, ganz Wirklichkeit, während das andere, dem die Regel gesetzt wird, zum Material jenes wirkenden Willens gemacht, diesen erleiden muss. Es wäre also nicht einmal boshaft, die Wahllosung „Grün wirkt“ zu ergänzen mit „die Welt leidet“. Die Methode der „präventiven Friedenspolitik“, auf die sich die Grünen weiterhin beziehen, verkehrt in dem nunmehr gegebenen, theoretischen und praktischen Kontext ihren Sinn, man könnte genauso gut – wenn nicht besser – von präventiver Kriegspolitik reden. Ganz folgerichtig wird in dem Wahlprogramm eine Kritik am Krieg als Mittel der Politik nicht geführt. Denn weil die anderen, denen man Regeln setzen will, auch einen Willen haben, folgen einem solchen Vorsatz notwendig die Kriege.

Nun ließe sich einwenden, dass der Parteitag immerhin eine Entschliessung gegen den Krieg gefasst habe, der von den Westmächten gegen Irak gerade vorbereitet wird. Da die Grünen aber „zugleich“ den Irak auffordern, Uno-Kontrollen ins Land zu lassen, spräche man besser von einem konkreten Einstiegs-

weg in diesen Krieg. Wären die Grünen mächtiger, würde man ihre Resolution gegen die Beteiligung der BRD am Irak-Krieg ein Ultimatum an den Irak nennen.

Nach diesem Parteitag und seinen Beschlüssen ist es nicht mehr möglich, auf eine Rückkehr der Bündnisgrünen zur Friedenspolitik zu hoffen, jedenfalls nicht, falls und solange sie am Regieren sind und keiner ihrer Kriege zu einer blutigen Niederlage führt.

Ein zweiter unerfreulicher Punkt ist die Charakterisierung der PDS. Dies betrifft weniger die Etikettierung der PDS als „strukturkonservativ“ und mehr die Behauptung, dass in Wahrheit Stoiber stärke, wer PDS wähle. Es könnte, z.B. bei einer Bürgermeisterwahl oder auch im Kampf um Direktmandate eine derartige Konstellation eintreten. Aber nicht bei der Wahl zum Bundestag. Sollte eine Mehrheit aus SPD, Bündnisgrünen und PDS entstehen, kann dies wohl kaum zu einer Regierung Stoiber führen. Dazu kommt es gewiß, falls CDU, CSU und FDP die Mehrheit der Mandate erringen.

Es ist landauf, landab bekannt, dass die Bündnisgrünen im Wählerfeld neben der FDP bestehen müssen. Sie haben sich vor Jahrzehnten als ökologische, soziale und friedenspolitische Alternative zum national-konservativen Liberalismus im Parteiengefüge der BRD festgesetzt. Ein Wahlerfolg der PDS würde die ökologischen und sozialen Ziele der Bündnisgrünen stärken, nicht schwächen. Nur die Kriegsbereitschaft der BRD würde dadurch geschwächt. *maf*

Dokumentiert: Wahlprogramm Bündnis90/Die Grünen, Präambel: „8 für 8: Sie haben die Wahl“

Am 22. September 2002 entscheiden Sie darüber, ob ökologische und soziale Modernisierungspolitik in Deutschland fortgesetzt wird. Wir wollen mehr als 8 Prozent der Stimmen erreichen und damit die Richtung der Modernisierung in Deutschland grün bestimmen. 8 Punkte stehen im Zentrum unserer Politik für die nächste Legislaturperiode:

- Raus aus der Atomkraft und weg vom Öl durch Energie aus Sonne und Wind.
- Gesundes Essen – mehr Verbraucherschutz und Neue Landwirtschaft
- Kinder stärken – Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut und bessere Kinderbetreuung – sowie durch eine Bildung, die Selbstbestimmung ermöglicht.
- Mehr Arbeitsplätze – Ökologisches Wirtschaftssystem und neue Arbeitsmarktpolitik
- Das Einwanderungsland gestalten – Integration fördern und BürgerInnenrechte sichern
- Die Hälfte der Macht für Frauen
- Die Globalisierung gerecht gestalten – weltweit ökologische und soziale Regeln setzen

- Mehr Mitbestimmung für die BürgerInnen – Stärkung der europäischen Demokratie.
- Die Bundestagswahl 2002 wird nicht zwischen SPD und CDU entschieden. Keine der großen Parteien wird unser Land allein regieren. Wir stehen dafür, dass soziale und ökologische Politik fortgesetzt wird und dass nicht schwarzer Rückschritt oder gelbe Rücksichtslosigkeit unser Land regieren. Grün kämpft dafür, dass Erneuerung statt großkoalitionärem Stillstand unser Land prägt. Grün kämpft dafür, dass sich Gerechtigkeit statt neoliberaler Ellbogenpolitik durchsetzt. Wer die strukturkonservative PDS wählt, stärkt in Wahrheit Stoiber und schwächt damit ökologische und soziale Modernisierungspolitik, das ist mit Bündnisgrün nicht zu machen. Wir kämpfen für eine deutliche Stärkung des grünen Gewichts und wollen die erfolgreiche rot-grüne Politik fortsetzen. Mit einer Politik der ökologischen, sozialen und demokratischen Erneuerung haben wir in der Koalition der Modernisierung eine Richtung gegeben. Nur Ihre Stimmen für die GRÜNEN schützen unser Land vor CDU/CSU und FDP. Sie haben die Wahl.

„Wende nach links“: Ausrichtung auf die „Bewegung der Bewegungen“

Als „Wende nach links“ hat Rifondazione comunista die Ergebnisse des 5. Parteitags bezeichnet, der vom 4. bis 7. April in Rimini stattfand. Im Grunde wurden dabei Entwicklungen der letzten Jahre bestätigt und als künftige Parteistrategie beschlossen.

Bruch mit der Regierung Prodi

Einige Daten zur Erinnerung: Im Oktober 1998 hatte Rifondazione der Mitte-Links-Regierung unter Prodi die Unterstützung entzogen, nachdem diese sich immer stärker auf Haushaltskonsolidierung mit Einschnitten im Sozialsystem orientiert hatte. Rifondazione hatte das zunehmende Einschwenken auf neoliberale Positionen kritisiert und auf die Alternative „Wende oder Bruch“ zugespitzt. Nur im Bruch mit der Mitte-Links-Regierung sah die Rifondazione-Führung unter dem Sekretär Bertinotti schließlich die Möglichkeit, die eigene Autonomie und die eigenen politischen Zielvorstellungen zu sichern. Diese Entscheidung stieß damals sowohl in der Linken als auch in der Partei selbst auf massive Kritik. Rifondazione büßte Wählerstimmen ein, und die Strömung um den Parteipräsidenten Cossutta spaltete sich als Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) von Rifondazione ab und blieb in der Regierung. Die Erschütterung der Partei war so massiv, dass ihr Überleben nach Einschätzung der Parteiführung in der Folgezeit auf dem Spiel stand. Auf dem Parteitag erklärte Bertinotti diesen Überlebenskampf nun für gewonnen. Die drohende Isolierung der Partei war sichtbar überwunden, der Parteitag selber wurde als Dialog mit anderen alternativen Kräften konzipiert und durchgeführt.

Ausrichtung auf die „Bewegung der Bewegungen“

Immer stärker hatte sich Rifondazione in den letzten Jahren auf die globalisierungskritische Bewegung, die „Bewegung der Bewegungen“, ausgerichtet, die zuerst in Seattle und später in Davos, Nizza, Genua und Porto Alegre auf den Plan getreten ist. In dieser Bewegung sah Rifondazione nach langen Jahren des Stillstands etwas Neues und konzentrierte viele Kräfte auf die Unterstützung. Dahinter steht die Einschätzung, dass die kapitalistische Globalisierung heute in eine umfassende Krise geraten ist, auf die reaktionär und repressiv reagiert wird, unter anderem mit einem permanenten Kriegszustand.

Andererseits hat sich angesichts der Krise der Globalisierung auch die kriti-

sche Bewegung dagegen entwickelt, die Rifondazione auf dem Parteitag als dauerhaft, in der Tragweite mit der 68er-Bewegung vergleichbar und latent antikapitalistisch eingeschätzt hat.

Schon im letzten Jahr hatte Rifondazione die Rolle der eigenen Partei gegenüber dieser Bewegung – verglichen mit dem früheren Verständnis und Herangehen an Bewegungen – radikal neu definiert. In diesem Jahr, zehn Jahre nach der Parteigründung, war über einige grundsätzliche Fragen der kommunistischen Parteien des 20. Jahrhunderts diskutiert worden: Das Verhältnis der kommunistischen Parteien zur politischen Macht und zur Erringung der politischen Macht, das Verhältnis von politischer Macht und sozialer Umgestaltung, das Verhältnis von Partei und Bewegungen sowie Gewerkschaften. Als Konsequenz aus dieser Diskussion hatte Rifondazione erstmals beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua die große globalisierungskritische Mobilisierung als „Gleicher unter Gleichen“ unterstützt, sich wie viele andere Kräfte an Diskussion und Entscheidungsfindung beteiligt und erklärtermaßen darauf verzichtet, als Partei der Bewegung eine Linie vorgeben zu wollen. Insofern ein Bruch mit der Vergangenheit der



Kommunistischen Partei in Italien, was in Rifondazione selber nicht unangefochten war.

Der Parteitag hat nun mehrheitlich (452 Stimmen bei 624 Delegierten) ein Dokument verabschiedet, das diese Linie der Parteiführung Bertinotti unterstützt: Rifondazione orientiert sich beim strategischen Ziel des Aufbaus einer alternativen Linken auf die globalisierungskritische „Bewegung der Bewegungen“ und sieht darin ihren Kern. Bertinotti ging in seiner Einschätzung dieser Bewegung auf dem Parteitag so weit, dass er sogar die riesige gewerkschaftliche Mobilisierung der letzten Wochen gegen die Berlusconi-Regierung – die landesweite Kundgebung vom 23. März und den Generalstreik vom 16. April mit vielen Millionen Teilnehmern – als Reflex auf diese Bewegung interpretierte.

Die kritische Einschätzung der großen Gewerkschaften hat sich insofern auch nach den gewerkschaftlichen Großaktionen nicht grundsätzlich verändert. Bertinotti beschienigte ihnen zwar eine große Widerstandskraft an einem wichtigen

Punkt, eben dem Kündigungsschutzrecht, aber insgesamt sieht er sie doch wegen ihrer Konzertierungspolitik der 90er Jahre kritisch. Eine „neue Arbeiterbewegung“ wird nicht aus ihnen heraus, sondern aus der Globalisierungskritik-Bewegung erwartet.

Eine andere Kehrseite der Konzentration auf die Bewegung ist das Desinteresse von Rifondazione an der parlamentarischen Linken, speziell den Linksdemokraten (DS). In dem mehrstündigen Bericht Bertinottis an den Parteitag kamen die Linksdemokraten, obwohl größte Oppositionspartei, namentlich nicht vor. Der Grund: Das Mitte-Links-Regierungsprojekt in Italien ist nach dieser Einschätzung definitiv gescheitert. Ebenso alle Versuche eines sozialdemokratischen „Dritten Wegs“ in Europa. Politisch-programmatische Übereinkünfte mit den Linksdemokraten werden nicht mehr ins Auge gefasst, nur noch von Aktionseinheit in einigen Fragen ist die Rede. Rifondazione definiert als die zwei zentralen Kriterien alternativer linker Politik die grundsätzliche Ablehnung neoliberaler Ansätze und die Ablehnung des Krieges, und sieht hier keinerlei Brücke zu den Linksdemokraten mehr.

Die Zeitung *il manifesto* hat diesen Gesichtspunkt, das Desinteresse an einer Zusammenarbeit mit anderen traditionellen linken Kräften und an Vorschlägen zu einer Neuformierung bestehender linker Kräfte und die ausschließliche Orientierung auf die „Bewegung“ kritisiert. Hier sei eine Gelegenheit verpasst worden.

Nächster politischer Schwerpunkt: eine Referendumskampagne

In diesem Sinn setzt Rifondazione die politischen Schwerpunkte für die nächsten Monate nicht bei parlamentarischen Initiativen, sondern mit Blick auf die „Bewegung“. Eine Referendumskampagne soll die gesellschaftliche Opposition in sozialen Fragen festigen und die Basis der Rechten schwächen. Zentrale Frage der Kampagne soll die Ausdehnung des (von der Berlusconi-Regierung gerade angegriffenen) Kündigungsschutzes auch auf die kleinen Unternehmen sein, die bisher ausgenommen sind.

Rifondazione geht dabei auch von der Einschätzung aus, dass das Phänomen Berlusconi keine flüchtige Erscheinung ist, die bald wieder verschwunden sein wird. Der Erfolg Berlusconis und der Rechten wird vielmehr als Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Entwicklungen angesehen, die weltweit zu beobachten sind. Deshalb müsse auch die gesellschaftliche Basis, die die Rechte bis in Volksschichten hinein gefunden habe, systematisch unterminiert und erschüttert werden. Die Position der Linksdemokraten, Berlusconi vorrangig als krasse und unerträgliche „Anomalie“ im internationalen Zusammenhang und insofern relativ isoliert und schwach hinzustellen, reiche nicht aus. *rok*

EU verschärft Kurdenverfolgung:

PKK als „terroristisch“ eingestuft

Zur Entscheidung des Europäischen Rats, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in die Liste „terroristischer Personen und Organisationen“ aufzunehmen, erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Die Entscheidung der EU, die PKK in ihre Liste „terroristischer Personen und Organisationen“ aufzunehmen, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich um eine demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage bemühen.

Kein deutsches Gericht hat die PKK jemals insgesamt als „terroristisch“ bezeichnet. Nicht einmal die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, die viele Jahre beim Thema PKK zu extrem repressiven Mitteln bereit war, hat diese insgesamt als „terroristisch“ eingestuft. Im Gegenteil: Die Bundesanwaltschaft hat schon vor längerer Zeit alle Ermittlungen gegen eine „terroristische Vereinigung“ in der PKK eingestellt. Seit den kurdischen Protesten nach der Entführung Öcalans in die Türkei Anfang 1999 hat keine deutsche Behörde der PKK „terroristische“ Taten vorgeworfen, geschweige denn ein Gericht solche Vorwürfe bewiesen. Die PKK selbst hatte schon vor der Entführung Öcalans ihren Guerillakampf in der Türkei beendet und sich danach auch förmlich durch Beschlüsse ihrer Parteitage von dieser Form des Kampfes losgesagt.

Nur die Militärs und Regierung in Ankara, deren schwerste Verletzungen von Menschenrechten im Umgang mit der kurdischen Opposition weltweit berüchtigt sind, stuften die PKK bisher als „terroristisch“ ein. Nur die USA und die britische Regierung unterstützten das bisher, um sich so die Hilfe türkischer Militärs für einen Krieg gegen Saddam zu sichern.

Die Entscheidung der EU hat auf kurdischer Seite Empörung und große Sorge ausgelöst. Ich teile diese Sorge. Kurdischen Einrichtungen wie dem Fernsehsender Medya-TV droht nun die Schließung, kurdischen Vereinen eine neue Welle der Repression. Politische Information über kurdische Anliegen kann nun mit Hilfe des §129b StGB als „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ verfolgt werden. Kurdischen Oppositionellen droht die Abschiebung als „Terroristen“ in die Türkei.

Menschenrechte und Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes werden wieder einmal machtpolitischen Interessen der europäischen Mächte geopfert.

Die rot-grüne Bundesregierung muss ihre Zustimmung zu dieser EU-Liste sofort zurückziehen. Sonst waren alle Menschenrechtsdeklamationen der letzten

Jahre im Zusammenhang mit der kurdischen Frage nichts als leeres Geschwätz.

Stellungnahme von ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.

Protestiert gegen diese EU-Entscheidung

Nicht die PKK ist terroristisch, sondern der türkische Staat

Am letzten Montag stimmten die ständigen Vertreter der 15 EU-Mitgliedstaaten für die Erweiterung der EU-Liste der als terroristisch eingestuften Organisationen unter Einbeziehung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu. Diese Liste wurde von den Mitgliedsstaaten noch in einem schriftlichen Verfahren am 2. Mai angenommen. Damit stellte die EU ihre politische Weichen für ihre zukünftige „Anti-Terror Politik“ und bekräftigte in diesem Bereich ihren Willen für eine gemeinsame EU/USA-Politik, die auf dem heute beginnenden EU/US-Jahresgipfel in Washington untermauert werden soll.

Im vergangenen Dezember hatte die EU erstmals eine Liste mit 13 sogenannter Terror-Organisationen verabschiedet. Da sich die PKK nicht auf dieser Liste befand, reagierte die türkische Regierung mit größter Empörung, und setzte alle Hebel in Bewegung, um das heutige Ergebnis zu erzielen.

Mit dieser Entscheidung zeigen die EU-Staaten eine deutliche Reaktion auf die Friedenspolitik des kurdischen Volkes und ihrer politischen Vertretung. Die PKK stellte vor mehr als drei Jahren ihren bewaffneten Kampf ein und beschreitet seitdem eine umfassende Friedenspolitik, mit der sich ein Großteil aller Kurdinnen und Kurden identifiziert. Mit der im April 2002 beschlossenen Auflösung der PKK und der Gründung des Kongresses für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK), der ausschließlich einen friedlichen, demokratischen und politischen Weg verfolgt und dessen Ziel eine friedliche, demokratische und politische Lösung der Kurdischen Frage ist, wurde der Strategiewechsel der kurdischen Bewegung noch einmal verdeutlicht.

Mehr als zwei Millionen Menschen demonstrierten zu Newroz 2002, dem kurdischen Neujahrs- und Widerstandsfest, für den Frieden und Demokratie. Sie demonstrierten auch ihre Verbundenheit mit dem Weg der kurdischen Befreiungsbewegung. Mit der Aufnahme der PKK auf die „Liste terroristischer Organisationen“ der EU wird den Friedensbemühungen von kurdischer Seite eine deutliche Absage erteilt. Die EU Staaten entscheiden sich damit für die Seite der herrschenden Kräfte der Türkei, die weiterhin an der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der kurdischen Bewegung festhalten und verpassen ein weiteres Mal die Gelegenheit, die Hand des Friedens und der Verständigung der kurdischen Seite zu ergreifen um einen wich-

tigen historischen Schritt weg von einer kriegesischen und repressiven Politik im Mittleren Osten zu eröffnen.

In vielen europäischen Städten begannen die Kurdinnen und Kurden am 1. Mai mit Protesten gegen diese Entscheidung. Diese Proteste werden sich mit Demonstrationen, Mahnwachen, Faxaktionen und Unterschriftenlisten weiter fortsetzen. Denn dieses ungeheure Vorgehen der europäischen Regierungen gegen die Friedensbemühungen der kurdischen Bevölkerung darf nicht unbeantwortet bleiben.

Unterstützung für die gerechten Forderungen der kurdischen Bevölkerung für Frieden und Demokratie! Keine weitere Diskriminierung des kurdischen Volkes! Schluss mit der Verleugnung der kurdischen Existenz!

Richtet euren Protest an: Bundesminister des Innern, Otto Schily, Telefax: (01888) 681-2926, otto.schily@bundes-tag.de • Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, Telefax: (01888) 17-3402, joseph.fischer@bundestag.de • Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Telefax (030) 2025-9525, herta.daeubler-gmelin@bundestag.de



Palästina

Vorfälle im Flüchtlingslager bleiben unaufgeklärt

UN-Kommission gescheitert – Arafat frei – Israel diktiert das Geschehen. Ein Kommentar

Peter Strutynski

Man stelle sich nur einen Moment vor, die Vereinten Nationen ließen sich von einem „Schurkenstaat“ à la Irak oder Nordkorea in ähnlicher Weise auf der Nase herumtanzen wie es zur Zeit von Israel getan wird. Zumindest das Geschrei in den Hauptstädten der großen Mächte, allen voran der USA, wäre groß. Großbritannien und die USA würden es womöglich nicht beim verbalen Protest belassen und

vorsorglich schon einmal entsprechende Flugzeuge, Schiffe und andere Truppenteile in Stellung bringen. Eine Lösung wäre das natürlich nicht und die Friedensbewegung sowie besonnene Experten der internationalen Politik würden vor falschen, nämlich: militärischen Reaktionen warnen. All dies geschieht indessen nicht, wenn es um Israel geht. Der israelische Premierminister Ariel Sharon und sein rechtsradikal durchwirktes Kabinett können sich so ziemlich alles erlauben. Jüngstes Beispiel ist die Behandlung einer UN-Kommission, die ausgeschickt wurde, um die Vorfälle im Flüchtlingslager Dschenin zu untersuchen.

Am 19. April 2002 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat, immerhin das höchste beschlussfassende Gremium der Weltorganisation, einstimmig eine Resolution [siehe UN-Resolution 1405 (2002)], in der von Israel eine Aufhebung aller Beschränkungen für die internationalen Hilfsorganisationen sowie die Beachtung der „Normen der internationalen Menschenrechte“ verlangt werden. Außerdem begrüßt darin der Sicherheitsrat die Initiative des UNO-Generalsekretärs, „exakte Informationen über die jüngsten Vorkommnisse im Flüchtlingslager

Dschenin durch eine Untersuchungsmission zu ermitteln“. Kofi Annan hatte wenige Tage zuvor eine solche Kommission angeregt. Am 22. April berief er dann die Mitglieder der Kommission: Geleitet werden sollte sie vom früheren finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtissari (der sich gewisse Verdienste bei der Vermittlung eines Waffenstillstands im NATO-Krieg gegen Jugoslawien erwarb). Der Kommission sollten auch die

UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata, und der frühere Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der Schweizer Cornelio Sommaruga, angehören. Doch von Anfang an bestanden Zweifel, ob die Kommission überhaupt ihre Arbeit beginnen könne. Denn das Sharon-Kabinett zeigte wenig bis gar kein Entgegenkommen. Schon gegen den UN-Sondergesandten Terje Roed-Larsen, der sich kritisch zur Lage in Dschenin geäußert hatte („unfassbares Grauen“), hatte Sharon am 21. April eine „Kontaktsperre“ angeordnet. Die Kabinettsmitglieder waren angewiesen worden, jeden Kontakt zu Roed-Larsen abzubauen. Und nun auch noch eine mehrköpfige Kommission, die sich im bombardierten Flüchtlingslager an Ort und Stelle umsehen wollte und betroffene Palästinenser befragen sowie israelische Soldaten einvernehmen sollte? Das war den Israelis denn doch zu viel. Also stellte Sharon Bedingungen. Zunächst

wollte er den Aktionsradius und das Mandat der Kommission einschränken – Kofi Annan zeigte sich verhandlungs- und kompromissbereit. Dann wollte er auf die Auswahl der Mitglieder Einfluss nehmen. Die Delegation sei zu „menschensrechtslastig“, hieß es in Jerusalem; die Militäraktion in Dschenin könne doch eigentlich nur von Militärexperten beurteilt werden. Auch hier ließ Annan mit sich reden und benannte US-General i.R. William Nash, einen britischen Oberst, einen französischen Major und drei irische Polizeioffiziere zu Kommissionsmitgliedern. Als Sharon schließlich aber darauf bestand, dass die Kommission nur Soldaten befragen dürfe, die von israelischer Seite hierfür benannt würden, platzte die Unternehmung. Einer solchen Bedingung konnte sich eine UN-Kommission, die auf Unabhängigkeit Wert legt, auf keinen Fall unterwerfen.

Das Scheitern der UN-Kommission ist eine mehrfache Katastrophe. Zum einen zeigt es die augenblickliche Schwäche der Vereinten Nationen. Zwar kann ihr Sicherheitsrat einstimmige Resolutionen gegen die israelische Besatzungspolitik verabschieden (und das ist schon ein Fortschritt, weil immerhin die USA mit am Tisch sitzen), er hat aber keine Mittel in der Hand, sie auch umzusetzen. Nicht einmal Kompensationsgeschäfte (im Volksmund „Kuhhandel“ genannt) kann er anbieten, da er über keine Ressourcen, geschweige denn über Machtpotenziale verfügt. In einem vergleichbaren Fall haben soeben die USA im Alleingang gezeigt, dass Israel zum Einlenken gebracht werden kann. So konnte Sharon die Aufhebung des Hausarrests für Arafat dadurch „schmackhaft“ gemacht werden, dass die USA mit der Palästinenserbehörde übereinkamen, die Bewachung der inhaftierten mutmaßlichen Mörder des israelischen Tourismusministers selbst in die Hand zu nehmen. Am 2. Mai durfte sich Arafat wieder frei bewegen – die sechs inhaftierten Palästinenser wurden nach Jericho verbracht, wo sie ihre Haftstrafen, zu der sie von einem palästinensischen Gericht wenige Tagen zuvor verurteilt worden waren, nun unter der Bewachung von US-amerikanischen und britischen Soldaten absitzen müssen.

Das Scheitern der UN-Kommission ist auch noch aus einem anderen Grund eine Katastrophe. Die Wahrheit kommt nämlich dabei unter die Räder. Ob in Dschenin ein Massaker unter der Zivilbevölkerung mit einigen hundert Toten stattgefunden hat, wie von palästinensischer Seite behauptet wird, ob es sich um vereinzelte Unregelmäßigkeiten im Vorgehen der israelischen Soldaten gehandelt hat, oder ob die Wahrheit irgendwo in der Mitte liegt („schwere Menschenrechtsverstöße“ und „Kriegsverbrechen“), wie amnesty international in einem Untersuchungsbericht Ende April darlegt: All dies wird so leicht nicht mehr feststellbar sein. Der israelische Außen-

minister jedenfalls macht es sich zu leicht, wenn er vor wenigen Tagen die damals noch in Genf auf ihre Abreise nach Israel wartende UN-Kommission willkommen hieß und vollmundig erklärte: „Wir haben saubere Hände.“ Vielleicht mag er das sogar glauben. Sharon weiß mit Sicherheit mehr und hat sicher auch aus diesem Grund der Kommission die Einreise verweigert. Schließlich hat Sharon Erfahrung mit Massakern: Schon einmal wurden unter seinem Befehl Hunderte Palästinenser niedergemetzelt: 1982 im Libanon. Die belgische Justiz wurde im vergangenen Jahr auf diesen Vorfall aufmerksam und hat – eine Besonderheit der belgischen Rechtsprechung erlaubt dies – Anzeige gegen Sharon erhoben.

Eine Katastrophe ist die verhinderte UN-Kommission aber auch für die internationale Politik. Wieder einmal mussten die Vereinten Nationen klein beigeben. Die UNO ist gerade einmal so stark – oder so schwach – wie es die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, und hier insbesondere die USA zulassen. Die USA waren realistisch genug, weiter auf Arafat als Verhandlungspartner zu setzen und zwangen Israel zu dessen Freilassung. Sie haben aber kein Interesse an der Aufklärung eines Massakers, das Israel – sollten sich die Vorwürfe auch nur halbwegs bewahrheiten – vor den Augen der Weltöffentlichkeit moralisch vollends in Misskredit brächte. Den US-Kongress ficht das vorläufig nicht an, im Gegenteil: Am 2. Mai, also fast zeitgleich mit der Kommissions-Ohrfeige für die UNO, bekundeten beide Häuser, Senat und Repräsentantenhaus ihre uneingeschränkte Solidarität zu Israel und dessen Kriegspolitik. Trotz Bedenken des Weißen Hauses verabschiedeten die Abgeordneten mit großer Mehrheit (im Senat: 94 zu 2 Stimmen) eine Resolution, in der unter anderem die „Zerstörung terroristischer Infrastrukturen“ in den Palästinensergebieten gutgeheißen wird. Israel wird als „Frontstaat im Kampf gegen den Terrorismus“ bezeichnet, der die notwendigen Maßnahmen zum Schutz seiner Bürger ergreife. Die Warnung des Weißen Hauses, eine solche Resolution könne in dieser angespannten Situation die Lage nur noch „anheizen“, wurde in den Wind geschlagen. – Andere Freunde Israels fühlen sich noch mehr in die Defensive gedrängt. Sie werden es in Zukunft noch schwerer haben, die israelische Gewaltpolitik zu erklären und zu rechtfertigen. Die Kommentare in den großen Zeitungen spiegeln dieses Dilemma wider.

Unterdessen sind am 2. Mai (Ortszeit) in Washington hochrangige Vertreter der USA, der Europäischen Union, Russlands und der Vereinten Nationen zu Beratungen über die Lage im Nahen Osten zusammengekommen. An dem Treffen des „Quartetts“ im US-Außenministerium nahmen US-Außenminister Colin Powell und sein russischer Kollege Igor

Iwanow, UN-Generalsekretär Kofi Annan sowie für die EU der außenpolitische Beauftragte Javier Solana und der spanische Außenminister Josep Pique teil. Zuletzt war diese Runde am 10. April in Madrid zusammengekommen, um Powell für seine jüngste Nahost-Vermittlungsmission den Rücken zu stärken. Es hatte nicht viel genützt, denn Powell kehrte mit leeren Händen aus Jerusalem zurück.

Colin Powell plant für den Frühsommer eine internationale Konferenz über den Nahen Osten. Wie US-Außenminister Colin Powell am 2. Mai nach dem Treffen des Quartetts mitteilte, soll die Konferenz in den kommenden Wochen mit den Konfliktparteien und „interessierten Mitgliedern“ der internationalen Gemeinschaft vorbereitet werden. Der israelische Regierungschef wird als erster auf der Matte stehen. Sharon reist am 4. Mai in die USA. Powell zufolge sollen in den Vorgesprächen „Prinzipien“ als Basis für die Beratungen entwickelt werden. Bei der eigentlichen Konferenz müsse es sich um ein Treffen handeln, das Sicherheitsbelange, Wirtschaftsreformen, humanitäre Fragen und „politische Wege“ auf der Tagesordnung habe. Ort, Zeit, und Teilnehmer seien noch offen. Mit dem Ende des Hausarrests für Palästinenserpräsident Yasser Arafat sei der Zeitpunkt für „rasche Handlung“ gekommen. Es hätten sich neue Möglichkeiten eröffnet, die es zu nutzen gelte. „Und wir haben vor das zu tun“, fügte Powell hinzu. (Der Standard-online, 03.05.2002)

Welche Seite die US-Administration auch in den künftigen Verhandlungen vertritt, wird an anderen Äußerungen deutlich, die von Präsident Bush und Powell am 3. Mai von den Medien verbreitet wurden. Vor den Beratungen des Quartetts hatte George W. Bush von „guten Fortschritten“ im Nahen Osten gesprochen. Bei einer Pressekonferenz in Washington sagte er, ein neuer palästinensischer Staat müsse demokratisch sein und dürfe nicht auf einer Basis aus Terror und Korruption errichtet werden. Bush bekräftigte seinen Appell an Arafat, jetzt zu zeigen, „dass er führen kann“. Bis jetzt habe sich Arafat „enttäuschend“ verhalten. Auf der anderen Seite bezeichnete er die Anwesenheit israelischer Streitkräfte im Westjordanland erneut als Besetzung. Powell äußerte sich zuversichtlich, dass sich der Palästinenser-Präsident „jetzt in eine neue Richtung“ bewege. „Er weiß, was von ihm erwartet wird“, sagte der Minister. Und wörtlich: „Ich habe so unverblühte Gespräche mit ihm gehabt über das, was wir nach Wiedererlangung seiner Bewegungsfreiheit von ihm erwarten, wie das mit einer anderen Person kaum möglich ist. Und er wird entweder den Erwartungen entsprechen oder nicht.“ – Solche Wort über Sharon, und ein wirklicher Fortschritt im Nahen Osten wäre möglich. So aber bleibt die Skepsis.

Peter Strutynski, Friedensratschlag

1. Mai international

Italien: Gegen Welt„ordnung“ und Polizeigewalt

Wie nicht anders zu erwarten, demonstrierten in Italien anlässlich des 1. Mai mehrere 100.000 gegen die bestehende Welt„ordnung“, Polizeigewalt, Krieg



Italien

usw. In Mailand, Turin, Rom und Bologna waren es jeweils zwischen 100.000 und 200.000. In anderen Städten waren es ebenfalls mehrere 10.000. In Neapel, wo es gerade um die Verhaftung von Polizeischlägern riesigen Wirbel gibt, waren es 30.000, die die Sache thematisierten.

London

Auch in London fanden mehrere Aktionen zum 1. Mai statt. 5000 Polizeibeamte wurden eingesetzt. Vorausgegangen waren Wochen unglaublicher Hetze und Re-



London

pressionen gegen die Linke in London. Am Vormittag bestimmte eine Critical Mass, die sich in mehrere Teile spaltete, das Geschehen und am Nachmittag Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern.

Frankreich – Millionen gegen Le Pen

In Frankreich gingen am 1. Mai auch angesichts des Wahlerfolges von Le Pen

Millionen Menschen auf die Straße. In nahezu jeder Stadt wurde demonstriert. Das Innenministerium schätzt die Zahl der Demonstranten auf 1,3 Millionen – die Hälfte davon allein Paris. Die Veranstalter reden von 900.000 in Paris. Laut

Reuters waren es weiterhin: in Marseille 30.000 Teilnehmer, in Bordeaux und Toulouse jeweils 40.000 Menschen, in Grenoble 50.000, in Lille, Straßburg und Nancy. In Lyon, der zweitgrößten Stadt Frankreichs, kamen über 50.000 Menschen trotz des strömenden Regens zusammen.

Proteste gegen Privatisierung in Jugoslawien

In Belgrad haben heute etwa 5.000 Menschen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung demonstriert. Zur 1. Mai-Demo hatte die Gewerkschaft Nezaviznost (Unabhängigkeit) aufgerufen. Gekommen sind hauptsächlich ArbeiterInnen aus Belgrader Großbetrieben und GewerkschafterInnen aus anderen Städten Serbiens. Die neoliberale Regierung von „german boy“ Zoran Djindjic forciert derzeit die Privatisierung der Betriebe, die sich zum großen Teil noch in gesellschaftlichem Eigentum befinden. Überall in Belgrad hängen Plakate, auf denen die Privatisierung als Allheilmittel angepriesen wird. So lauten die Slogans zum Beispiel „Zasto Privatizacije? Zelim da zivim normalno“ (Warum Privatisierung? Weil ich normal leben will.) Dahinter ist eine glückliche Familie zu sehen. Die Privatisierungspolitik wird allerdings die Entlassung von Tausenden ArbeiterInnen bedeuten, was die ohnehin deprimierende soziale Situation, der monatliche Durchschnittslohn beträgt hier etwa 200 DM, für viele Leute noch weiter in Richtung Desaster verändern wird. So richtete sich die 1. Mai-Demo hauptsächlich gegen diese zu erwartenden sozialen Auswirkungen der Regierungspolitik. Während Nezaviznost



Frankreich

hauptsächlich eine sozialdemokratische Politik verfolgt, haben auch Linksradi-kale den antikapitalistischen Protest auf die Strasse gebracht. Auf der Demo bildete sich ein kleiner linksradikaler Block aus Anarchosynikalisten, anti-nationalistischen Kommunisten der Partija Rada (Arbeiterpartei) und anderen Linksradi-kalen, die keiner Gruppe angehören. Der Block wurde durch Leute aus Timisoara (Rumänien) und Skopje (Mazedonien) verstärkt, die zum 1. Mai nach Belgrad gekommen sind. Auf der Demo machte sich der Block lautstark bemerkbar. Flugblätter der linksradikalen Kampagne gegen Privatisierung (protiv Privatizacije), die den Kampf gegen Privatisierung mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden, sind sehr aufgenommen worden. Bereits in den vergangenen Tagen sind zahlreiche der Regierungsplakate mit schwarz-roten Farbeiern beworfen worden. Nach 15 Jahren national-populistischem Autoritarismus unter Milosevic und der NATO-Aggression 1999 sind die Menschen in Serbien jetzt mit der neoliberalen Politik Djindjics und der neokolonialen Kontrolle durch NATO und EU konfrontiert. Der 1. Mai hat deutlich gemacht, dass ein anti-nationalistischer, sozialrevolutionärer Widerstand trotz allem möglich ist und Zukunft hat.

Zusammenstellung: hav



1.-Mai-Protest in Argentinien

KÖLN. Unter dem Motto „Das zieht Dir die Schuhe aus! – Katastrophale Arbeitsbedingungen in der Sportartikelindustrie“ entstand am 27. April vor der Antoniterkirche eine Weltmarktfabrik: Ein Wachturm, Tische, Näherinnen und viel Stoff – das Ganze umgeben von Stacheldraht. Damit machte das Kölner Aktionsbündnis für menschenwürdige Arbeitsbedingungen auf die haarsträubenden Missstände in den Zulieferbetrieben der großen Sportmarken adidas, Puma und Nike aufmerksam und sammelte Unterschriften, die den Firmenvertretern am 3./4. Mai beim Kongress „Fit for Fair“ an der Kölner Sporthochschule übergeben wurden. Dieser internationale Kongress hat nach Angaben der Veranstalter einen Erfolg für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Sportartikelindustrie erzielt. Der Deutsche Sportbund kündigte eine Informationskampagne an, und im Gegensatz zu Adidas erklärte das Unternehmen Puma, sich bis Ende des Jahres an einem Pilotprojekt der „Kampagne für saubere Kleidung“ zu beteiligen. Diese Kampagne ist in zehn europäischen Ländern aktiv. Sie wird von etwa 250 nichtstaatlichen Organisationen, Gewerkschaften und kirchlichen Hilfswerken getragen und setzt sich seit 1995 für soziale Mindeststandards in der Bekleidungsindustrie ein. Weitere Informationen zu der Kampagne auf der Homepage www.saubere-kleidung.de



Bild: www.arbeiterfotografie.com

7. Juni: Bundesweiter Aktionstag Hände weg von der Arbeitslosenhilfe

BERLIN. In dem Aufruf des bundesweiten Runden Tisches der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen heißt es: „Immer mehr Parteien und Politiker gefallen sich darin, im Rahmen einer sogenannten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zu fordern. Entsprechende Gesetzespläne und Geheimpapiere sind von den in der Bundesrepublik etablierten Parteien vorbereitet worden.“

Eine Abschaffung der Arbeitslosenhilfe wäre der schwerste und folgenreichste Einschnitt in das bundesdeutsche Wirtschaft- und Sozialsystem in den letzten Jahren:

- Arbeitslose und deren Familien sollen in die Sozialhilfe gedrängt werden. Armut, Niedrigstlohnjobs und ungeschützte Beschäftigung sind deren Perspektive. Dies betrifft ebenso die (Noch-)Erwerbstätigen, die in Zukunft arbeitslos werden.
- Auf die Arbeitseinkommen und -bedingungen der Erwerbstätigen wird durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein immenser Druck ausgeübt.
- Die Wirtschaft, insbesondere der Klein- und Mittelstand, wird durch die sinkende Kaufkraft der Bevölkerung an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

Die Menschen haben es satt, dass durch eine neoliberale Politik immer mehr Menschen in Armut, ob nun mit oder ohne Arbeit, gedrängt werden. Wir rufen Euch auf zu öffentlichen und medienwirksamen Protestaktionen gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe am 07.06. 2002 in Euren Kommunen.“

Arbeitslosenverband Deutschland (ALVD), Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen (BAG E), Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI), Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Aus-

grenzung; Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Landeskoordinationen der Erwerbslosengruppen. www.bag-erwerbslose.de

Protest gegen NPD-Aufmarsch in Hohenschönhausen

BERLIN. Auch in diesem Jahr fand eine Demonstration der NPD mit etwa 600-800 Menschen im Außenbezirk von Berlin ab S-Bhf. Hohenschönhausen statt.

Zwei Gegenkundgebungen waren angemeldet: Prerower Platz/Lindencenter und Falkenberger Chaussee/ Prenderer Straße. Letztere wurde verboten, da sie auf der von der Polizei für den NPD-Aufmarsch gesperrten Seite entlang der S-Bahn stattfinden sollte. Dennoch gelangten etwa 400 AntifaschistInnen durch die Einladung einer Kirchengemeinde dorthin und konnten den Beginn der NPD-Demo für über eine Stunde blockieren. Danach drängte die Polizei sie ab und ließ die NPD-Demonstration stundenlang durch Hohenschönhausen marschieren.

www.umbruch-bildarchiv.de



Kirchenasyl erfolgreich – Bleibe-recht für vietnamesische Familie

GIFHORN. Die vietnamesische Familie Trinh/Dinh aus Gifhorn darf in Deutschland bleiben. Das ist das Ergebnis einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover vom 21. März 2002 (Az. 10 A 3034/00), in der es um die Frage ging, ob die seit über 10 Jahren in Deutschland lebenden Eltern und ihre in Deutschland geborenen Kinder einen Anspruch auf eine Aufenthaltsbefugnis nach der Bleiberechtsregelung vom 10.12.1999 haben. Die Entscheidung kam überraschend, hatte doch im Jahr 2000 sowohl das Verwaltungsgericht Hannover als auch das Obergericht Lüneburg die Eilanträge auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage abgelehnt und die vietnamesische Familie damit ins Kirchenasyl gezwungen. Im Hauptsacheverfahren widersprach die Einzelrichterin Lürßen (10. Kammer) nun der Darstellung der Bezirksregierung Hannover, die Betroffenen hätten wiederholt missbräuchlich Asylanträge gestellt und damit ihre Abschiebung verhindert. Die Asylanträge seien, so die Richterin zur Begründung, nicht für einzelne Familienmitglieder missbräuchlich zeitlich versetzt gestellt worden. Die Asylfolgeanträge hätten zwar nicht zur Durchführung weiterer Asylverfahren geführt, aber die Asylantragstellung sei plausibel gewesen. Jedenfalls seien die Asylanträge nicht ausschließlich zu dem Zweck gestellt worden, die Aufenthaltsbeendigung hinauszuzögern.

Trotz dieser Entscheidung hält die Hildesheimer Staatsanwaltschaft daran fest, dass die vietnamesische Familie wegen „illegalen Aufenthalts“ bestraft werden müsste. Herr Trinh und Frau Dinh erhielten je einen Strafbefehl über 80 Tagessätze à 10 DM. „Die neue Sachlage ändert nichts an der Richtigkeit des Strafbefehls“, so der zuständige Staatsanwalt. Auch Pastor Lömpcke erhielt einen

Strafbefehl über 50 Tagessätze à 150 DM. Alle Beteiligten haben gegen die Strafbefehle Widerspruch eingelegt.

Am 14.5. kommt es um 9 Uhr zu einer Verhandlung gegen Pastor Lömpcke vor dem Amtsgericht Gifhorn, sofern die Staatsanwaltschaft ihren Strafbefehl nicht noch zurückzieht. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat hat die Entscheidung der Hildesheimer Staatsanwaltschaft scharf kritisiert: „Die Kriminalisierung der gut integrierten vietnamesischen Flüchtlingsfamilie erscheint uns unbillig, unverhältnismäßig und im Ergebnis abstrus“, erklärte Vorstandsmitglied Norbert Grehl-Schmitt. Unter Umständen gefährde eine Verurteilung der Flüchtlinge sogar eine Verlängerung der gerade erst durchgesetzten Aufenthaltsgenehmigung. Auch die mutigen Pastoren, die durch ihr Einschreiten zusammen mit ihrer Kirchengemeinde dem Recht erst Geltung verschafft haben, dürften nicht strafrechtlich verfolgt werden.“ www.nds-fluerat.org

Wattwanderung als Protest gegen Raketentests in der Meldorfener Bucht

DITHMARSCHEN. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Landesverband Hamburg – Schleswig-Holstein und die Bewegung gegen den Krieg Dithmarschen laden am Pfingstsonntag zur Wattwanderung ein: „Seit Jahrzehnten werden im Dithmarscher Wattenmeer Waffensysteme für die Bundeswehr erprobt und weiterentwickelt. War es zu Beginn der achtziger Jahre die Firma Rheinmetall, die „endphasengelenkte Artilleriemunition“ perfektionierte, wurden in den neunziger Jahren Artillerieflugbahnen pedantisch genau vermessen. Zu diesem Zweck wurde im „clear range -Verfahren“ aus dem SpeicherkooG Dithmarschen-Süd auf das Watt geschossen. Seit dem Ende der neunziger Jahre ist ein gigantisches, künstlich ausgebaggertes Wasserbecken in Betrieb, in dem die Abwehr „schneller Unterwasserlaufkörper“ sprich Torpedos mit konventionellem oder Raketenantrieb erprobt wird. Seit November 2001 sind die neuen Hochgeschwindigkeitsraketen ARMI-GER hinzugekommen. Diese Raketen werden von dem KooG aus ins Wattenmeer abgefeuert. Die Bundeswehr hält das Wattenmeer als Raketenübungsplatz für geeignet, weil sie meint, hier die Reichweiten ihre Hyperschall-Flugraketen unbehindert und ungestört von jeglicher Zivilisation austesten zu können. Bei Ebbe sammeln sie ihre getesteten Raketen im Watt wieder ein. Die nicht gefunden werden, verschwinden als gefährlicher Sondermüll unter der Oberfläche des Watts, und werden noch für Generationen eine Gefahr darstellen. Weil das Wattenmeer Lebensraum für Tiere und Pflanzen bietet, die nur in diesem Ökosystem überleben können und als Naturschutzgebiet für die Regenera-

tion von Mensch und Natur unverzichtbar ist, wurde das schleswig-holsteinische Wattenmeer zum Nationalpark und ist kein Truppenübungsplatz!“

DFG-VK, Pf 1426, 24904 Flensburg. flensburg@bundeswehrabschaffen.de

Aktionen für ein wirkliches Verbot von Studiengebühren

BERLIN. Die bundesweite Studierendenvertretung fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenenschaften) protestierte auf der Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. April gegen die Verabschiedung der Studiengebührenregelung in § 27 der 6. HRG-Novelle. Drei StudierendenvertreterInnen des fzs entrollten auf der Zuschauertribüne während des Redebeitrages von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) ein Transparent mit der Aufschrift „Studiengebühren verbieten! § 27 stoppen!“, bis sie von Sicherheitskräften aus dem Saal gebracht wurden. Zuvor hatte das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) auf seiner Vollversammlung eine Plakatkampagne beschlossen und eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: „Das ABS lehnt die Bestimmung zu Studiengebühren in der 6. Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) entschieden ab und fordert weiterhin von der Bundesregierung die Verankerung eines generellen Studiengebührenverbotes im HRG, wie es auch der Koalitionsvertrag vorsieht. Die bereits eingeschränkte Gebührenfreiheit aus Satz 1 „Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, ist studiengebührenfrei“ wird durch Satz 2 „In besonderen Fällen kann das Landesrecht Ausnahmen vorsehen“ gänzlich aufgehoben. Demnach können die Länder von dieser Regelung abweichen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen. Damit wird in besonderen Ausnahmefällen sogar eine Erhebung von Studiengebühren ab dem ersten Semester zugelassen. Zudem werden die bereits existierenden sogenannten Langzeitstudiengebühren in Baden-Württemberg und Zweitstudiumsgebühren in Bayern und Sachsen mit dieser Regelung nicht angetastet und erstmals in einem HRG zementiert. Auch Bildungsgutscheine und Studienkonten, die ohne einen vom Bundesgesetzgeber vorgegebenen Rahmen von den Ländern in ihrem Umfang ausgestaltet werden können, sind explizit bereits als Abweichung von Satz 1 zu sehen.

Studiengebühren verstärken die nicht zuletzt durch die PISA-Untersuchung nachgewiesene besondere soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems.

Sie sind darüber hinaus bildungs- und wissenschaftsfeindlich, da sie den individuellen und gesellschaftlichen Erkenntnisprozess auf die ökonomische Rentabilität des Wissens einschränken und damit der Lösung der handlungsrelevanten gesellschaftlichen Zukunftsfragen entgegenwirken.“ www.studis.de/abs

Studiengebühren haben eine Farbe.



Spannende Diskussion auf der Hauptversammlung der Bayer AG

KÖLN. Ein wahres Seuchenjahr hat die Bayer AG hinter sich. Zunächst kam der Skandal um das Medikament Lipobay, dann der Einbruch der Aktie und jetzt die Kürzung der Dividende. Die Aktionärsversammlung der Bayer AG in der Kölner Messehalle 6 hatte am 26. April einiges zu besprechen. Der verstärkte Werkschutz war aber nicht in der Lage zu verhindern, dass englische Gegner von Gentechnik-Freilandversuchen auf die Vorstandsbühne stürmten, wo sich einer von ihnen die Dekoration hinaufhängelte. Diesen zu entfernen, gelang erst, nachdem Aufsichtsratsvorsitzender Strenger dem Werkschutz wutentbrannt seine Hilfe angeboten hatte. Am Rande dieser Aktion wurde der Geschäftsführer der Coordination gegen Bayer-Gefahren Philipp Mimkes, der zufällig in der Nähe stand, gewaltsam aus dem Saal geschleift, wobei man ihm drohte, ihm den Arm zu brechen. Immerhin ließ man ihn kurze Zeit später wieder in den Saal. Dort wurde inzwischen über den Geschäftsbericht diskutiert. Außer den vom Dachverband der Kritischen Aktionäre und von der Coordination eingeladenen elf Konzernkritikern äußerten sich diesmal fast alle Redner kritisch; etliche beklagten natürlich den Dividenden-Rückgang, aber es gibt eine wachsende Zahl von Aktionären, die vom Vorstand ein an ethischen Grundsätzen orientiertes Handeln erwarten. Die Stimmung der Aktionäre drückte sich auch in einer deutlichen Abstrafung bei der Abstimmung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat aus; statt der üblichen 99 % gab es diesmal nur 90 % Zustimmung.

www.kritischeaktionäre.de und

www.bayerhazard.com

Gerichte ermöglichen NPD-Demonstrationen am 1. erfolgreiche Proteste in Mannheim und Ludwigshafen



Fast der gesamte Seckenheimer Rathausplatz war mit Antifaschisten gefüllt.



Wie schon vorher in Ludwigshafen – die selben NPD-Gesichter auch in Seckenheim.



Nur mit massivem Polizeischutz konnte die NPD ihre Kundgebung durchführen.

Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe und der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim setzten sich über das Verbot der Stadt Mannheim hinweg und machten es auch dieses Jahr möglich: Die NPD durfte am 1. Mai in Mannheim wieder demonstrieren. Allerdings nicht in der Mannheimer Innenstadt, wie im letzten Jahr erlaubt, sondern in Mannheim-Seckenheim.

Für Ludwigshafen entschieden die Gerichte ähnlich (siehe nachfolgender Artikel).

Wäre im Vorfeld der Veranstaltungen nicht ein so breiter Widerstand geknüpft worden, hätte die NPD mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Innenstadt demonstrieren dürfen. Vielleicht nicht den nächtlichen Fackelzug an Synagoge, Moschee und Gewerkschaftshaus vorbei, wie es das Vorhaben der NPD gewesen ist. Die Gerichte aber meinten, man dürfe Veranstaltungen der NPD nicht grundsätzlich verbieten und müsse die Bereitschaft der Veranstalter anerkennen, über Alternativ-Routen zu diskutieren. Alle Plätze in Mannheim waren schon belegt, da die fast 50 Gruppen des „Mannheimer Bündnisses zum 1. Mai“ an diesem Termin Veranstaltungen angemeldet hatten, kam man auf den Rathausplatz in Seckenheim. Dort wurde die Anmeldung von der Partei, die dies tun sollte, nämlich vergessen. Aber selbst wenn alle Plätze belegt gewesen wären, hätte sich das Gericht darüber wahrscheinlich hinweggesetzt – siehe letztes Jahr.

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Protest gegen die NPD erschienen im Vorfeld nicht so günstig.

Das Wetter war am Morgen sehr schlecht. Der Regen sorgte dafür, dass an der 1. Mai-Demo des DGB sich dieses Jahr trotz Metallstreiks höchstens 1000 Leute beteiligten. Aber es war von vornherein klar und wurde von dem DGB-Regionsvorsitzenden Nagel auch so vertreten: Der DGB verurteilt die Aufhebung des Verbots der NPD-Demonstrationen scharf und unterstützt den Widerstand dagegen. Während der Kundgebung ist mehrmals durchgegeben worden, wie der Stand in Ludwigshafen ist. Für die meisten Gewerkschafter auf dem Marktplatz war klar: Wer nicht nach Ludwigshafen geht, geht dann auf jeden Fall nach Seckenheim.

In Seckenheim fanden sich bis 14 Uhr ca. 600 Antifaschisten ein. Ein breites Publikum entweder vom Marktplatz in Mannheim oder aus Ludwigshafen kommend. Zunächst war die evangelische Erlöserkirche der Treffpunkt. Der Pfarrer hatte das Gotteshaus zur Verfügung gestellt. Dann aber besetzten die Menschen den Rathausvorplatz. Die Polizei, die vom

. Mai – Aber afen

Stuttgarter Innenministerium die Vorgabe hatte, das wusste man, dem „Druck der Straße“ diesmal nicht nachzugeben, brachte sich massiv in Stellung. Über Lautsprecher wurde angekündigt, dass notfalls der Platz geräumt werden müsse, damit die NPD ihre Kundgebung durchführen könne. Auch hier bewährte sich wieder das breite antifaschistische Bündnis das von Gewerkschafter, VVNler, Friedensplenum, Schüler bis zu Autonomen ging. Die immer mehr werdenden Leute gingen aber nicht vom Platz herunter. U.a. sprachen Max Nagel, der Bundestagsabgeordnete der PDS, Winfried Wolf, und der Betriebsratsvorsitzende von Roche Katzmarek und der Gesamtpersonalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Mannheim Dollmann zu den Menschen. Dies alles trug dazu bei, dass die Polizei von ihrem Vorhaben Abstand nahm und stattdessen NUR eine kleine Ecke des Rathausplatzes für die NPD abriegelte – dies allerdings sehr martialisch. Um 17 Uhr trafen ca. 200 NPDler mit starkem Polizeischutz verspätet ein. Sie kamen vom Seckenheimer Bahnhof und waren dieselben, die schon in Ludwigshafen ihr Unwesen treiben. Unter dem ohrenbetäubenden Lärm der Antifaschisten war allerdings von der NPD nichts zu hören. Die Glocken der Kirchen, die eigens dafür in Betrieb gesetzt wurden, taten ihr übriges.

Nach 20 Minuten traten die NPD-Faschisten ziemlich unverrichteter Dinge wieder ihren Rückzug an. Die antifaschistische Gegenveranstaltung löste sich danach selbst auf. Während der Veranstaltung sind keine polizeilichen Übergriffe bekannt geworden, allerdings hat es ein am Rande der Veranstaltung einige Festnahmen von Antifas und Übergriffe der Polizei gegeben. Darüber war allerdings bei Redaktionseende noch zu wenig bekannt. *scr*

1. Mai in Ludwigshafen

NPD kommt nicht in die Innenstadt

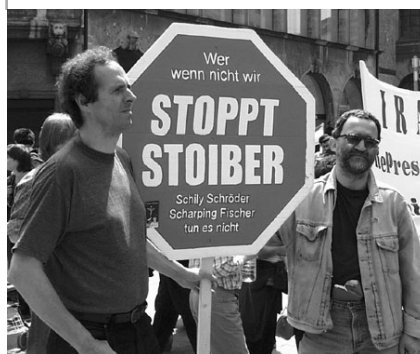
Seit Wochen mobilisierte die NPD im Internet für den 1. Mai nach Ludwigshafen. Für ihren Marsch durch die Stadt mit Kundgebung hatte sie ursprünglich den Ebertpark angemeldet, wo traditionell jährlich die 1.-Mai-Kundgebung des DGB stattfindet. Dieses Jahr sollte es die zentrale Veranstaltung des DGB in Rheinland-Pfalz werden. Der Auftritt des Ministerpräsidenten Kurt Beck sollte dort stattfinden.

Die NPD-Provokation und wurde von der Stadt voraussehbar abgelehnt. Zahlreiche demokratische, gewerkschaftliche

Eindrücke vom 1. Mai 2002



STUTT GART: 4000 demonstrierten und nahmen an der Kundgebung teil. Durch eine Störung der Polizei wurde die 1. Mai-Demonstration in Stuttgart zeitweise aufgehalten. Mitten aus der Demonstration heraus wurde ein IG-Metall-Vertrauensmann vorübergehend festgenommen. Beträchtliche Unruhe und Empörung kam dadurch in die Demonstration, die erst fortgesetzt werden konnte, als der Kollege nach Feststellung seiner Personalien und Beschlagnahmung des Megaphons auch wieder teilnehmen konnte. Die Diskussion mit Polizisten ergab: das Mitführen eines Megaphons und die Benutzung desselben war der Anlass ihres Eingreifens. U.a. rief er zur Unterstützung der IG Metall-Lohnforderung auf. Die Polizei berief sich bei ihrem Vorgehen auf Auflagen des Amtes für öffentliche Ordnung, die eine Megaphonbenutzung untersagt hätten. Wie der Veranstalter – der DGB-Kreis – zu den Auflagen stand und sich verhalten hatte, war am 1. Mai selbst nicht zu klären. Fest steht: Wenn sich eine Demonstration durch Megaphone oder sonstige Lautsprechergeräte nicht mehr äußern kann, verfehlt sie ihren Zweck. Der besteht ja immer noch darin, die Ziele, für die die Teilnehmer demonstrieren, der umstehenden Bevölkerung und interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen. *(heb)*



MÜNCHEN. Unter dem Motto *Globalisierung gerecht gestalten* fanden in diesem Jahr eine De-

monstration vom Arbeitsamt zum Marienplatz und die zentrale Kundgebung zum 1. Mai statt. Der Vorsitzende des DGB München Helmut Schmid begrüßte in seiner Eröffnungsrede die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, die in den letzten Wochen zahlreiche Warnstreiks durchgeführt haben. OB Udes Grußwort der Stadt München ging in einem Pfeifkonzert unter, so dass er frühzeitig abbrechen musste. Die Polizei verhaftete provokativ einige kurdischen Demonstrationsteilnehmer wegen angeblicher Straftaten, die darin bestehen sollen für eine Nachfolgeorganisation der PKK einzutreten. Die Hauptrede hielt Heinz Putzhammer vom DGB Bundesvorstand. *(dil)*

HANNOVER. Gegenüber dem letzten Jahr haben weniger Teilnehmerinnen/Teilnehmer, die Veranstalter nannten 7.000, die 1.-Mai-Kundgebung unterstützt. Der Hauptredner von der IGM, Dicke, prangerte die Vorhaben einer möglichen Stoiber-Regierung an. Die Grausamkeiten der jetzigen Regierung wurden nicht beim Namen genannt, die Bundesregierung wurde verhalten ge-



mahnt, dass die „Einspielungszeit“ jetzt vorüber sei und gegebene Versprechen umgesetzt werden müssten, ohne klare Forderungen zu nennen. Ebenfalls ohne konkrete Nennung wurde die Aufforderung ausgesprochen, an den Wahlurnen im Herbst der SPD die Stimme zu geben. Weiterhin bekräftigte der Redner die Forderungen zur Metalltarifrunde und sprach sich gegen Änderungen im Gesundheitswesen und für die Gesundheitskampagne von ver.di aus. Bei der üblichen Rede des Oberbürgermeisters war zum einen erfreulich, dass er nicht die Bürgerinnen und Bürger ansprach, sondern die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt und zum anderen kritisierte, dass Israel die Vereinten Nationen nicht in das Flüchtlingslager Dschenin zur Untersuchung der Vorgänge hereinlasse. Dafür bekam er viel Beifall. Es gab wenige Transparente, die konkrete Forderungen erhoben haben, einige gegen jegliche Verschärfungen im Gesundheitswesen, einige zur Forderung der Metalltarifrunde. Wenn auch nur wenige, gab es auch Transparente gegen den Kriegskanzler und die Beteiligung an Kriegshandlungen. *(bee)*

und kirchliche Gruppen meldeten dann, wie in Mannheim auch, ca. 50 Veranstaltungen und Aktionen auf den Plätzen Ludwigshafens an. Erst wenige Tage vor dem 1. Mai reicht die NPD einen neuen Routenwunsch bei der Stadt ein. Dieses Mal hatte sie sich durchweg Stationen ausgesucht, die nach Opfern oder Widerstandskämpfern gegen das Dritte Reich benannt waren, z.B. die Anne Frank-Realschule oder den Dieterle-Platz, benannt nach dem antifaschistischen Regisseur. Ordnungsdezent Zeiser war empört, hier gehe es eindeutig um Verhöhnung der Opfer und nicht um ein demokratisches Demonstrationsrecht. Dies möge das Gericht bedenken. Die Stadt verbot den Aufmarsch und das Verwaltungsgericht Neustadt hob das Verbot, wie in den vergangenen Jahren auch, auf.

Zuvor schon hatte sich der DGB und die Einzelgewerkschaften glücklicherweise dazu durchgerungen, ihre Maiveranstaltung zu straffen und rechtzeitig danach am Bahnhof Ludwigshafen, am Ankunftsort und Aufmarschplatz der NPD einzutreffen, schließlich wollte man nicht nur verbaler Antifaschist sein. Um die Gewerkschafter schnell zum Bahnhof zu bringen, wurden auch Busse eingesetzt. Dies war ein Novum in Ludwigshafen.

Das „Netzwerk gegen rechte Gewalt und Rassismus“, in dem 42 Einzelorganisationen von der CDU, SPD, evangelische und Katholische Arbeitnehmer, zahlreiche Jugend- und Schülerorganisationen, der Verband der Sinti und Roma, Rat für Kriminalitätsverhütung, Frauen- antifaschistische bis marxistischen Gruppen, freireligiöse und soziale Vereine zusammengeschlossen waren, rief zu einer Kundgebung vor dem Hauptbahnhof auf. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Wir sind dagegen, dass Nazis ungehindert durch unsere Straßen ziehen! Wir sind dagegen, dass Nazis Hasstiraden gegen AusländerInnen, Obdachlose, Behinderte loslas-

sen! Wir sind dagegen, dass Menschenwürde mit Stiefeln zertreten wird!“

„Wir begrüßen es, wenn Bürger friedlich gegen die NPD protestieren“, sagte Ludwigshafens Vize-Polizeichef Lothar Schömann. Das sei möglicherweise ein guter Weg, die Partei künftig von der Stadt fernzuhalten. Leider scheint er mit dieser Auffassung unter seinen Untergebenen nicht unbedingt viele Anhänger zu finden. Einer seiner Einsatzplaner war fest davon überzeugt, dass die NPD nur deshalb immer wieder in Ludwigshafen einlaufe, weil sie sicher sein könne, hier auf möglichst viele Gegner des Rhein-Neckar-Dreiecks LU-Mannheim-Heidelberg zu treffen. Ergo, gäbe es die Gegner nicht, wäre auch die NPD nicht da. So einfach wird Ursache und Wirkung vertauscht und werden die Antifaschisten zu den Gegnern der Polizei, wo man gerne mal härter zulange.

Bis gegen 12 Uhr waren der Ludwigshafener Hauptbahnhof beidseitig durch Gegner der Nazis von beiden Seiten des Rheins blockiert. Die neu gewählte CDU-Oberbürgermeisterin Lohse sprach.

Die Polizei, obwohl sehr zahlreich vertreten – der „größte Einsatz dieses Jahres“ – verzichtete darauf, die NPD ein Durchkommen zu erkämpfen. Die Burschen wurden in den Zug nach Ludwigshafen-Mundenheim gesetzt, einem kleinen Stadtteil, wo sie von geballter Präsenz begleitet aussteigen, einen Zug von ca. 250 meist jungen männlichen Glatzköpfen formten und für ca. 20 Minuten durch den Stadtteil zogen und vor ein paar überraschten Mundenheimern eine Ansprache durch ihre Anlage brüllten, begleitet von Protesten einer anwachsenden Zahl von Antifaschisten und Gewerkschaftern, die nachgekommen waren. Entscheidend jedoch ist, dass es der NPD nicht gelungen ist, durch die Ludwigshafener Innenstadt zu ziehen.

frr

Kommunale Politik

Kreistag reagiert auf antifaschistischen

Protest: FREIBERG.

Günter Deckert, Anfang der 90-er Jahre Chef der rechtsextremen NPD und Auschwitz-Leugner, baut im Erzgebirge einen Knotenpunkt für sein neonazistisches Netzwerk auf, seit der 62-Jährige das Haus vor einigen Monaten erwarb. Inzwischen formiert sich der Protest. Eine Bürgerinitiative um die 26-jährige Geologie-Studentin Katy Unger, die als Parteilose für die PDS im Freiburger Stadtrat sitzt, will die Bürger und die Öffentlichkeit über die Aktivitäten aufklären. Deckert versuche bereits, junge Leute aus der Region anzuwerben, sagt Unger. Für Mitte Mai plane sie eine Bürgerversammlung, nachdem eine Veranstaltung im April am Widerstand des Bürgermeisters kurzfristig gescheitert war. In der Bürgerinitiative engagierten sich vor allem junge Leute aus der Region, darunter so manche, deren Jugendhäuser in der Vergangenheit von Neonazis angegriffen wurden. „Und wir befürchten, dass die Übergriffe zunehmen“, sagt Unger, die im September für den Bundestag kandidiert. Sie will jetzt darauf drängen, dass Deckert die Gaststätten-Konzessionen gar nicht erst erhält. Die öffentliche Diskussion hat schließlich doch zur Reaktion des Kreistags geführt. Mitte April wurde mit dem Votum aller Kreisträte, bei einer Stimmenthaltung von Ex-Oberbürgermeister Konrad Heinze (CDU), Landrat Volker Uhlig (Allianz Unabhängiger Wähler) über alle Parteigrenzen hinweg beauftragt, ein Bündnis gegen jegliche Formen von Extremismus zu bilden. In vier Wochen will er mit anderen politischen Kräften zu einer öffentlichen Kundgebung aufzurufen, außerdem soll eine Initiative für ein weltoffenes Freiberg gebildet werden.

www.augenauf.net

Presserklärung des JUZ Mannheim zu den NPD-Demonstrationen

Am ersten Mai versuchte die NPD sowohl in Ludwigshafen wie in Mannheim zu marschieren ...

In Mannheim-Seckenheim wurde der Aufmarsch von fast 12 Hundertschaften der Polizei brutal durchgesetzt. Hierbei fiel vor allem die Mannheimer Reiterstaffel durch besonders rücksichtsloses Verhalten auf. Mindestens ein Demonstrant wurde durch einen Pferdehuf ernsthaft verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Auch hier blockierten mehrere hundert Menschen den Kundgebungsplatz und verhinderten so die Zwischenkundgebung der Neonazis. Antifaschistinnen, die versuchten den NPD Marsch zu blockieren, wurden mit Schlagstockeinsatz ab-

gedrängt und zum Teil eingekesselt. Es gab mehrere Verletzte und knapp 100 Fest bzw. Ingewahrsamnahmen. Danach wurden die Neonazis in Busse verfrachtet und fortgeführt. Zu keinem Zeitpunkt handelte es sich um mehr als 200 Neonazis. An den Gegenaktionen beteiligten sich bis zu 1000 Menschen. Eine Sprecherin des AK Antifa im JUZ: „Erfreulich ist, dass verhindert werden konnte, dass die Neonazis in Ludwigshafen und Mannheim marschieren konnten. Zu kritisieren ist allerdings, dass die Kundgebungen in den Vororten Mundenheim und Seckenheim von der Polizei mit brutaler Gewalt durchgesetzt wurden. Auch wenn die NPD ihre Aufmärsche als Erfolg verkaufen wird, ist es ihr nicht gelungen, in den Innenstädten zu marschieren. Dies ist ein klarer Erfolg des Antifaschistischen Widerstands.“

AK Antifa des JUZ Mannheim, 2.5.2002

Deutschkurs vor dem Aus?: GÖTTINGEN. Mit einem Schreiben haben sich die TeilnehmerInnen an einem Deutschkurs im Stadtteil-Zentrum Grone, die aus verschiedenen Ländern kommen, an die Ortsbürgermeisterin sowie die Sozialdezernentin der Stadt Göttingen gewandt, um den Fortbestand des seit zwei Jahren laufenden Kurses zu sichern. Bislang hatte das ver.di-Bildungswerk die Anschubphase großzügig gesponsert. Jedoch sieht sich dieses auch nicht mehr in der Lage, die eigentlich staatliche Aufgabe finanziell zu tragen. „Wir haben hier schon viel gelernt, können andere Menschen jetzt besser verstehen und haben Freude am Sprechen. Zur Zeit lernen wir lesen und verstehen deutscher Texte, was sehr schwer für uns ist. Wir möchten gerne weiterlernen. Bisher haben wir 10 Euro/Monat selbst bezahlt. Aber ab April sollen die Gebühren 60 Euro/Monat je

Teilnehmer betragen. Das können wir nicht bezahlen, da wir alle nur wenig Geld für uns und unsere Familien haben. Und das würde bedeuten, dass wir dann ab April keinen Deutschkurs mehr besuchen können.“ So die TeilnehmerInnen in ihrem Brief. Die Groner Bürgerinitiative Antifaschismus (GROBIAN) hat sich mit den TeilnehmerInnen solidarisch erklärt und als symbolische Unterstützung die Kosten einer/s TeilnehmerIn für einen Monat übernommen. Gefordert aber sind hier staatliche Stellen.

www.goettinger-blaetter.de

Pauschalierung – nur auf freiwilliger Basis: MÜNCHEN. Die offene Liste der PDS im Münchner Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass der Beschluss des Sozialhilfeausschusses vom 29. November 2001 erneut beraten und in folgenden Punkten revidiert wird:

„1. Die Pauschalen müssen so bemessen werden, dass keine einzige Gruppe von Leistungsempfängern weniger erhält bisher. Effektivitätsgewinne der Sozialhilfegewährung sollen gleichfalls den Leistungsempfängern zu gute kommen. Dies bedeutet, dass die Pauschalen aus unserer Sicht höher sein sollen als die bisherigen Leistungen.“

2. Laut Bundessozialhilfegesetz ist es auch möglich festzulegen, dass nur die Leistungsberechtigten an dem Modellversuch teilnehmen, die individuell zustimmen. Die Festlegung des Sozialhilfeausschusses, dass „dem einzelnen Leistungsberechtigten kein Wahlrecht eingeräumt werden kann“, ist eine willkürliche Entscheidung, die zurückgenommen werden soll.

3. Viele der von Leistungskürzungen Betroffenen haben dagegen bereits Rechtsmittel eingelegt, wir gehen davon aus, dass auf die Stadt damit einige Kosten zukommen. Da die Pauschalierung in der jetzigen Form eine Änderung der Haushaltsansätze nötig macht, erfolgt laut § 11 der Geschäftsordnung die endgültige Beschlussfassung durch die Vollversammlung. Die Pauschalierung ist aus diesem Grund bis zu einer Beschlussfassung der Vollversammlung auszusetzen.“

Als erste eigene Aktion zu diesem Thema veröffentlicht die offene Liste der PDS ein Faltblatt, das einen Überblick gibt über die Möglichkeiten der Betroffenen, sich gegen ihre Teilnahme an diesem Modellversuch zu wehren. Es wird zum Auslegen angeboten und ist erhältlich bei folgenden Stellen:

Arbeitsloseninitiative ATH, Pariserstr. 8, 81667 München
Siaf e.V., Sedanstr. 37, 81667 München
PDS München, Schwanthalerstr. 139, 80339 München.
Ausführlichere Informationen gibt es unter www.korczak.com/sozialhilfe

www.pds-muenchen-stadtrat.de

Zusammenstellung: baf

Direkte Demokratie – Gewerkschaft ver.di greift zur Volksinitiative

HAMBURG. Am 29. April ging die Gewerkschaft ver.di mit zwei Volksinitiativen an die Öffentlichkeit: einer Initiative – gemeinsam mit den Kirchen – gegen die Sonntagsöffnung und einer Initiative gegen den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser. Wir dokumentieren dazu im Folgenden eine Presseerklärung von ver.di sowie die beiden Anträge.

Gegen Sonntagsöffnung und Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser

Die Einzelhandelsgeschäfte in Hamburg sollen künftig weiterhin am Sonntag geschlossen bleiben. Das will ver.di mit einer Volksinitiative erreichen. Ziel einer zweiten Initiative: dem Senat soll die Möglichkeit genommen werden, eine Mehrheitsbeteiligung am Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) zu verkaufen. Es ist ein ungewöhnliche Mittel für eine Gewerkschaft, sich Gehör zu verschaffen. „Aber das ist es nur deshalb, weil es die Volksgesetzgebung hier noch nicht so lange gibt“, sagt Hamburgs ver.di-Chef, Wolfgang Rose.

Volksgesetzgebung in Hamburg – wie geht das?

Der gesamte Prozess – Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid – kann über ein Jahr laufen. Zeit genug, um Werte zu diskutieren und das Thema überall hinzutragen. Das verspricht sich zumindest

dest Wolfgang Rose. „Es soll ein Aufklärungsprozess in der Stadt beginnen, damit die Menschen selbst bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten wollen“. Die für eine Volksinitiative jeweils erforderlichen 10.000 Unterschriften sollen vom 1. Mai an gesammelt werden. Danach muss sich die Bürgerschaft mit den Anträgen der Gewerkschaft befassen.

Wenn das Parlament den Volksinitiativen nicht zustimmen sollte, können Volksbegehren zu einem Gesetzesentwurf gestartet werden. Diese müssen von einem Zehntel der Wahlberechtigten unterstützt werden.

Ein Gesetz durch Volksentscheid ist angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden und mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten zustimmen.

Weiteres unter:

<http://www.verdi-hamburg.de/themen/volksini/index.htm>

Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware“

Vor allem Gesundheit. Das wünschen sich die meisten Bürger. Im Jahr 2002 muss dieser Wunsch besonders laut geäußert werden – denn der Senat plant einschneidende Veränderungen im Hamburger Gesundheitswesen, die für jeden Bürger dramatische Auswirkungen haben könnten. Hamburgs Krankenhäuser verkaufen? Das ist das falsche Rezept!

Auch Sie können im Rahmen der Volksgesetzgebung Einfluss nehmen auf die gesetzgebenden Organe und Parteien: Im Rahmen der Volksinitiative „Gesundheit ist keine Ware“ sollen mindestens 10.000 Unterschriften gesammelt werden. Ihre Unterschrift zählt.

Gesundheit ist ein wertvolles Gut

Der Senat aus CDU, Schill-Partei und

FDP prüft zur Zeit, ob einzelne oder alle Krankenhäuser der Stadt an private Medizin-Konzerne verkaufen werden. Auch ein Krankenhaus in Ihrer Nähe: AK Altona, AK Barmbek, AK Eilbek, AK Harburg, Klinikum Nord, AK St. Georg, AK Wandsbek, Bethesda/Bergedorf.

Bisher orientiert sich der stadteigene „Landesbetrieb Krankenhäuser“ (LBK) am Gemeinwohl. Hochleistungsmedizin ist allen Bürgern zugänglich. Doch wenn das Gewinnstreben der privaten Gesundheitsunternehmen auch in Hamburg freie Bahn bekommt, droht eine 2-Klassen-Medizin. Dieser Rückfall in uralte Zeiten muss verhindert werden. Der LBK steht für eine qualitativ hochwertige regionale Versorgung, die nicht nur ge-

Im Koalitionsvertrag von CDU, Schill-Partei und FDP heißt es:

„Die gegenwärtige Struktur und Rechtsform des Landesbetriebes Krankenhäuser wird mit Hilfe externen Sachverständes überprüft, eine andere Rechtsform wird angestrebt. Das schließt die Möglichkeit einer Privatisierung oder Teilprivatisierung ein. Die marktbeherrschende Stellung wird abgebaut und ggf. werden einzelne Standorte, u.a. mit dem Ziel einer Fusion mit anderen Trägern, verselbstständigt.“

winnorientiert, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten dort Angebote macht, wo sie gebraucht werden – und nicht nur dort, wo sie sich rechnen.

Antrag – Ich bin dafür, dass die Freie und Hansestadt Hamburg Mehrheitseigentümerin des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK), seiner einzelnen Krankenhäuser und anderen Einrichtungen bleibt.“

Begründung

1. Der LBK gehört den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern. Die Krankenhäuser sind ein besonders wertvolles Gut. Mit dem LBK nimmt der Hamburger Senat im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger treuhänderisch seine öffentliche Verantwortung für die gesundheitliche Daseinsvorsorge wahr.

2. Die Beschäftigten haben den LBK und Hamburgs Krankenhäuser modernisiert. Der LBK hat sich in den letzten Jahren zu einem europaweit anerkannten modernen kommunalen Gesundheitsunternehmen entwickelt. Dazu haben das Personal und seine Interessenvertretungen unter großen Belastungen entscheidend beigetragen. Das haben sie für die Hamburger Bevölkerung und nicht für den Gewinn eines privaten Konzern getan.

3. Der Senat trägt die gesundheitspolitische Verantwortung. Der Senat steuert und sichert Quantität und Qualität der Gesundheitsversorgung durch politische Rahmenbedingungen und durch eigene Einrichtungen. Mit dem Erhalt des Mehrheitseigentums der Freien und Han-

sestadt wird dauerhaft gesichert, dass bei der Gesundheitsversorgung die politischen Interessen der Hamburger Bevölkerung und nicht die Gewinninteressen privater Eigentümer den LBK dominieren.

4. Gesundheit darf nicht zur Ware werden. Dies geschieht aber, wenn nicht mehr in Senat und Bürgerschaft, sondern in einer privaten Konzernzentrale ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung entschieden wird

- über die Standorte der Krankenhäuser in den Stadtteilen,
- über die Zahl der Ärzte und Pflegekräfte,
- über die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gesundheitsdienstleistungen – insbesondere für besonders Hilfebedürftige,
- über die Sicherung der Qualität der medizinischen Versorgung,
- über die Ausweitung der Patientenrechte und der Patientenbeteiligung,
- über die innovative Weiterentwicklung des Hamburger Gesundheitssektors zu einem zukunftsorientierten Standortfaktor.

5. „Hauptsache Gesundheit“ – das wünscht man sich bei vielen Gelegenheiten. Gesundheit ist das Wichtigste. Ihr Schutz und ihre Förderung sind für die Menschen von existentieller Bedeutung.

Eine Amerikanisierung des Gesundheitswesens, bei der die Gewinnerwartung darüber entscheidet, ob und wie Patienten behandelt werden, hebt den Sozialstaat aus.

Bürgerentscheid in Nordfriesland erfolgreich!

Vier Kreiskrankenhäuser bleiben in öffentlicher Hand

Kreisweiter Bürgerentscheid in Schleswig-Holstein zum Erhalt der vier kreiseigenen Krankenhäuser in öffentlicher Hand beim Landkreis Nordfriesland war am Sonntag, den 21.04.2002 erfolgreich!

Bis 19.30 Uhr waren die meisten Stimmen ausgezählt und es steht jetzt schon fest: von den 132.000 wahlberechtigten BürgerInnen im Landkreis Nordfriesland stimmten weit mehr als die notwendigen 25 Prozent für den Erhalt der Krankenhäuser in öffentlicher Hand.

Damit konnten der ver.di-Fachbereich 3 an der Westküste zusammen mit dem SSW – Partei der dänischen Minderheit – mehr als 34.000 WählerInnen von ihrer Auffassung überzeugen: die Krankenhäuser gehören zum Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht in die Hand von Privaten. Die in sehr großem Umfang von ver.di-Mitgliedern und ver.di-Büro Westküste seit Sommer letzten Jahres geleistete Informationsarbeit mit vielen Veranstaltungen und Info-Ständen im gesamten Kreisgebiet und auf den Inseln ist letztlich auch in der Bevölkerung angekommen.

Allen ver.di-Akteuren und dem SSW an der Westküste herzliche Glückwünsche zum Sieg! Und ein riesengroßes Dankeschön vom Landesfachbereich 3, karin.friedrichs@verdi.de



Volksinitiative „Sonntag ist nicht alle Tage“

Der Sonntag ist etwas Besonderes. Der Senat wird deshalb aufgefordert, in Hamburg keine Ausweitung der Ladeneröffnung an Sonntagen zuzulassen, auch nicht in einzelnen Bezirken. Der Sonntag ist kein Tag wie jeder andere. Er ist ein Tag der Ruhe und Erholung.

Doch mit den Sonntagsöffnungen von Geschäften und Einkaufszentren geht der Sonntag als gesetzlich geschützter Feiertag verloren.

Die Zukunft des Sonntags hängt davon ab, dass er den Menschen etwas wert ist. Mit Ihrer Unterschrift für die Volksinitiative „Sonntag ist nicht alle Tage“ tragen Sie aktiv zur politischen Willensbildung zum Schutz des Sonntags bei. Nehmen Sie die politische Verantwortlichen in die Pflicht, den Sonntagsschutz

in der Stadt nicht auszuhöhlen.

Antrag

Der Sonntag ist etwas Besonderes. Der Senat wird deshalb aufgefordert, in Hamburg keine Ausweitung der Ladeneröffnung an Sonntagen zuzulassen, auch nicht in einzelnen Bezirken.

Begründung

1. Ohne Sonntage gibt es nur noch Werktage. Der Sonntag ist kein Tag wie jeder andere. Das Besondere zeigt sich in allen Bereichen des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens: in der Familie und im Freundeskreis, in Freizeit, Kultur und Sport. In der Wochenuhr ist der Sonntag der Tag der gemeinsamen Ruhe. Christen halten fest: Der Sonntag ist ein Tag für Gott und den Gottesdienst, er ist uns heilig.

2. Die Sonntagsöffnung wäre ein Einschnitt für alle. Viele müssen jetzt schon am Sonntag arbeiten. Aber auch sie merken, dass Sonntagsarbeit anders ist – nicht nur an den Zuschlägen. Die Sonntagsöffnung für den Verkauf würde den Lebensrhythmus der Menschen und der Stadt grundlegend verändern und die Arbeitsbedingungen für alle.

3. Der Mensch ist keine Maschine – er braucht einen Tag der Ruhe. Für gläubige Menschen ist es eine biblische Erkenntnis und eine religiöse Wahrheit: Die Menschen brauchen nach sechs Tagen Arbeit einen Tag der Muße und Besinnung. Der Sonntag ist für alle Menschen ein hohes kulturelles Gut, das es zu erhalten gilt.

4. Der Markt darf nicht zum Götzen werden. Die Wirtschaft soll den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Der total flexibilisierte Mensch, die Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft und ein Leben im Renditetakt sind keine erstrebenswerten Ziele. Der Sonntag als Shoppingtag? Unsere Kinder brauchen etwas anderes von ihren Eltern.

5. Der Sonntag gibt uns Struktur: Zusammenhalt und Schutz. Für Gläubige bedeutet er Gottes Gebot und Segen, für alle Menschen einen großen Wert. Unsere Stadt und ihre Menschen brauchen eine klare gemeinsame Willensbildung zum Schutz des Sonntags.

Heidelberger Erklärung auf dem Attac Kongress am 20. April

Gesundheit ist keine Ware

„Patienten sind wir alle - früher oder später“, begrüßte Werner Rätz von Attac Deutschland die über 250 Aktivistinnen und Aktivisten, die am 20. April zur Aktionskonferenz „Gesundheit ist keine Ware“ nach Heidelberg gekommen waren. Die trotz der komplizierten gesundheitspolitischen Gemengelage gemeinsam formulierte und nach längerer Diskussion beschlossene „Heidelberger Erklärung“ zeigt - hier nimmt eine breit getragene Kampagne Fahrt auf. „Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Wir wollen, dass Privatisierung und Marktkonkurrenz im Gesundheitswesen gestoppt werden und eine demokratisch organisierte Gesundheitsversorgung für alle als öffentliche weltweite Aufgabe wahrgenommen wird“, lautet die zentrale Forderung der Erklärung, die Grundlage für eine großangelegte Unterschriftensammlung sein wird.

/www.attac-netzwerk.de/

Heidelberger Erklärung zur Unterschrift: Nein zu den Operations-Plänen an der Gesundheitsversorgung! Gesundheit ist keine Ware

Gesunde Lebensbedingungen und Hilfe bei Krankheit sind ein Menschenrecht - es scheint allerdings eher für die Zahlungsfähigen reserviert. Weltweit wird es vielen, in den armen Ländern des Südens den meisten Menschen vorenthalten.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland plagt die Patientinnen und Patienten neben ihrer Krankheit zunehmend das Misstrauen: Werde ich zu Untersuchungen geschickt, um angeschaffte Geräte auszulasten? Werden mir Medikamente verweigert, weil mein Arzt sein Budget bereits überzogen hat? Oder hat er nur die Gefälligkeiten der Pharmavertreter im Sinn? Wird der Privatpatient nebenan besser versorgt? Werde ich aus dem Krankenhaus entlassen, weil den Klinikbesitzern meine Krankheit dort zu teuer wird? Wird mit dem alten Märchen von der „Kostenexplosion“ der Ausverkauf des Gesundheitswesens schöngeredet?

Es gibt Grund zur Sorge: Immer mehr wird (häusliche) Pflege zur bestenfalls schlecht bezahlten „Frauenarbeit“, weil öffentliche Angebote gekürzt werden? Ausbildungsplätze im Gesundheitswesen werden abgebaut, die Einkommen der Beschäftigten abgesenkt und über lange Schichten geduldet, weil der Ausweg aus dem Personalnotstand so aussehen soll: Billiger Einkauf von medizinischem Fachpersonal aus Indien, von den Philippinen oder Albanien, der schrittweise die Gesundheitsversorgung in deren Heimatländern zerstört. Die im Gegenzug angebotenen patentgeschützten Medikamente verstärken die Verschuldung und Abhängigkeit der armen gemachten Länder noch.

Radikale Schnitte werden verlangt:

- Am 15. Juni werden wir bundesweit mit örtlichen Aktionen aufklären, welche Gefahren der solidarischen und paritätischen Finanzierung unserer Gesundheitssicherung drohen und welche verheerenden Nebenwirkungen bereits jetzt auftreten.
- Am 14. September, eine Woche vor der Bundestagswahl, werden wir gemeinsam in Köln unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben - Diesmal richtig umverteilen“ demonstrieren, dass wir mit unseren Wahl-

Das Dogma der Globalisierungsgewinner heißt: Lohnnebenkosten senken. Mit den „Sachzwängen“ der internationalen Standortkonkurrenz begründen sie - wie bei der Rente - den weiteren Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung von Sozialsystemen. Ihr Allheilmittel für bessere Versorgung heißt Wettbewerb. Wer sind die Gewinner? Die Besserverdienenden und die Kapitaleinkünfte der Wirtschaft, sie werden nicht herangezogen, um die Folgen von Lohndumping und Arbeitslosigkeit für die gesetzliche Krankenversicherung auszugleichen. Und die Verlierer? Werden mangelnde Qualität, Überdiagnostik und Unterversorgung denn durch Preiswettbewerb kuriert?

Es gibt also viel zu verbessern. Gesundheitsversorgung für alle bedeutet, PatientInnen wie Versicherte nicht Marktkräften zu überlassen. Eine Gesellschaft der Solidarität der Starken mit den Schwachen, des Nordens mit dem Süden, der Noch-Gesunden mit den Kranken ist notwendig und möglich. Doch in den Gesundheitsministerien werden ganz andere Operationspläne vorbereitet. Die Solidarität soll amputiert werden, die Kranken den Konkurrenzmärkten und privater Beutelschneiderei überlassen, die Grenzen für globale Gesundheitsvermarkter eingerissen werden.

Wir werden uns gegen diese Einschnitte kräftig wehren.

Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Wir wollen, dass Privatisierung und Marktkonkurrenz im Gesundheitswesen gestoppt werden und eine demokratisch organisierte Gesundheitsversorgung für alle als öffentliche weltweite Aufgabe wahrgenommen wird.

Name Adresse Unterschrift

kreuzen nicht die Einwilligung für Einschnitte in unsere Versorgung geben.

- Wenn nach der Wahl in den Koalitionsverhandlungen die Rücksichten fallen und Klartext geredet wird, werden wir hellwach sein: Bei unserer Gesundheit haben wir nichts zu verschenken oder zu verkaufen.

Verabschiedet am 20.4. auf der Aktionskonferenz der Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“ in Heidelberg.

BDI: „Ohne Staat geht es einfach nicht!“. - HB, Mittwoch, 24.4.02. - Dieser Ansicht ist BDI-Rechtsexperte J. Wulfetange. Bundesregierung, Wirtschaft und Versicherungen stehen jetzt monatelang in zähen Verhandlungen darüber, wie Terroranschläge zukünftig abgedeckt werden. Industriekunden stehen seit Jahresanfang in Deutschland fast alle ohne eine Police gegen die Folgen von Terroranschlägen da, weil die Versicherungen solche Großrisiken aus ihren Policen herausgenommen haben. Der Staat soll die Deckung übernehmen und nun signalisiert die Bundesregierung, dass sie dazu bereit ist.

Frühjahrsgutachten „beim Lohn zu optimistisch“. - Die Prognose, die Tariflöhne legten im Schnitt um 2,5 % durchschnittlich zu, sei bereits von der Wirklichkeit widerlegt, so der Präsident des BDI, M. Rogalski. Die Forderung der Wirtschaftsinstitute nach einem weiteren strikten Sparkurs stieß auf große Zustimmung der Wirtschaft. Dafür müsse man auch die vorübergehende Dämpfung der Konjunktur in Kauf nehmen. Zu Steuer- oder Abgabenerhöhungen dürfe es nicht kommen. Das Sparpaket der Bundesregierung von 16 Mrd. Euro ist nach Meinung des DIHT zu gering.

„Punktueller Aussperrungen“ angekündigt. - Gesamtmetall-Chef Kannegiesser kündigte als Gegenmaßnahme zu den Streiks Aussperrungen in den Betrieben an, in denen die Produktion zum Stillstand komme. Arbeitgeberpräsident D. Hundt warnte, Arbeitskampf sei Gift für die Konjunktur. Er gefährde das prognostizierte bescheidene Wirtschaftswachstum von 0,9 % erheblich.

Einzelhandel wehrt sich gegen Vorwurf der Preistreiberei. - HB, Donnerstag, 2.5.2002. Metro-Chef H.-J. Körber findet Äußerungen der BAG, es habe hie und da durch die Euro-Umstellung bedingte Preiserhöhungen gegeben, überflüssig und schädlich für den Euro: die Metro sei der Selbstverpflichtung, die der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels für die Branche abgegeben habe, beigetreten. Danach habe man sich verpflichtet, die Umstellung auf Euro nicht für Preiserhöhungen zu nutzen.

Warnung vor Schnäppchenjagd im Internet. - Der DIHT warnt vor Produkt-Piraten, die billigen Ramsch als teure Markenartikel anbieten. Einzelpakete passierten im Postversand den Zoll problemloser als große Sendungen. Dies machten sich die Piraten zu Nutze.

Presseauswertung: rst

PDS Niedersachsen stellt sich zur Bundestagswahl auf. Mit der Aufstellung der niedersächsischen Landesliste zur Bundestagswahl und den politischen Beschlüssen des Landesparteitages, eröffnete die PDS Niedersachsen, am 4. Mai ihren Bundestagswahlkampf. Der Landesparteitag kennzeichnete seine Position:

Mit einer Resolution zur Verteidigung der Lohnforderungen der Gewerkschaften, insbesondere in der Metallindustrie gegen Anfeindungen in der herrschenden Öffentlichkeit.

Mit einer Resolution zur Unterstützung des Aufrufes der Friedensbewegung zu Protestaktionen angesichts des Besuches des US-Präsidenten in Berlin am 22/23. Mai 2002.

Mit einer Resolution zum Nahostkonflikt, die von der Bundesregierung fordert, sofort jegliche Waffenlieferungen an Israel einzustellen, und die sich strikt gegen jeglichen Bundeswehrein satz im Nahen Osten ausspricht.

Mit einer Resolution, die zum Widerstand gegen die Genehmigung, des Atommüllendlagers „Schacht Konrad“ (Salzgitter/Niedersachsen) durch die nds. Landesregierung aufruft.

Die bisherige Bundestagsabgeordnete Heidi Lippmann kandidierte aus persönlichen Gründen nicht mehr für den Deutschen Bundestag. Der Landesparteitag bedankte sich unter großem Beifall für ihre Arbeit.

Bei der Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl errang der bisher hessisch-beheimatete stellv. Parteivorsitzende Diether Dehm als einer der Kandidaten auf Platz 1 der Landesliste die Mehrheit gegen 4 Mitbewerber/innen aus dem nds. Landesvorstand. Er setzte sich im ersten Wahlgang mit 55 von 104 Stimmen durch.

Auf Platz 2 wurde die Landesvorsitzende Dorothee Menzner (auch bekannt für ihre Unterstützung der Position von S.-Y. Kaufmann im damaligen Parteivorstand vor dem Münsteraner Parteitag und als Mitinitiatorin des Programm entwurf II) gewählt. Auf Platz 3, Gisela Ohnesorge, die sich im Landesverband mit einer Kritik an der sozialdifferenzierenden Bildungspolitik der SPD-Landesregierung profilierte. Auf Platz 4 Jürgen Lerchner, ein ehemaliges SPD-Mitglied und aktiver IG Metall im VW-Stammwerk Wolfsburg.

Dem interessierten Beobachter, könnte sich die Frage aufdrängen, war diese Personalentscheidung der Landespartei eine bewußte Richtungsentscheidung im Spektrum der Extreme der PDS „parlamentarisch Mitmachen im herrschenden Betrieb“ oder „Veränderung beginnt mit Opposition“?

Tatsächlich hatte der Landesvorstand etliche Vorstellungsrunden der Bewerber im Lande organisiert. Dort er

klärten alle Bewerber/innen: Die Entscheidung von Münster war richtig, keinerlei Toleranz für den Kriegskurs von „rot-grün“, keine Toleranz mit dem neoliberalen Kurs der Bundesregierung, es gibt keine Alternative Schröder oder Stoiber, sondern nur die Alternative Streiten für eine soziale Politik jenseits des Neoliberalismus. *hah*

Die **Wahlstrategie der Bundes-PDS** macht einem Angst und Bange. Statt eine Strategie zur Mobilisierung gegen Konservatismus und Liberalismus zu entwickeln, schwankt der Geschäftsführer Bartsch in einem Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 4.5. zwischen dem Wunschtraum Machtbeteiligung und Kritik an der SPD hin und her:

„Der SPD, die in ihrem Wahlprogramm eine Kooperation mit der PDS auf Bundesebene ausgeschlossen hatte, warf Bartsch vor, ihr Verhältnis zur PDS ausschließlich machtpolitisch zu definieren. ‚Wir sind für die Sozialdemokraten interessant, wenn wir zur Mehrheitsbildung notwendig sind. Ansonsten kann uns die SPD nicht leiden.‘ Diese Strategie werde jedoch langfristig nicht durchzuhalten sein. Die PDS werde die SPD durch Wahlerfolge dazu zwingen, sich auch inhaltlich mit ihr auseinander zu setzen.“

Nach den Worten des PDS-Bundesgeschäftsführers wird seine Partei in erster Linie einen Zweitstimmen-Wahlkampf in Ostdeutschland führen. „Es ist unabdingbar, dass wir dort ein gutes Ergebnis erzielen. Wenn wir die Wahl verlieren, dann im Osten.“ Außerdem wolle die Partei mit Direktmandaten – sieben strebt sie an – vor allem ihren Charakter als ostdeutsche Volkspartei unterstreichen. Im Westen will die PDS in fast allen Wahlkreisen einen Kandidaten aufstellen, den Wahlkampf aber auf die Regionen Hamburg, Bremen, den Großraum Frankfurt, Ruhrgebiet und München konzentrieren. Probleme erwartet Bartsch nur für den Fall, dass die SPD sich von ihrem jetzigen Stimmungstief erholt und es ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit Stoiber gibt. Einige Wähler könnten sich dann entscheiden, ihre Stimme der SPD zu geben. Doch auch dafür sei seine Partei gerüstet: „Wir haben mit unseren vier Spitzenkandidaten ein Team, mit dem wir im Osten, aber auch im Westen gut punkten können.“

Bartsch sieht die Möglichkeiten seiner Partei noch lange nicht ausgeschöpft. Die PDS hat in den vergangenen Landtagswahlen stets zwischen 20 und 25 Prozent gelegen. „Es gibt ein großes Reservoir an Wählern, das zwischen SPD, CDU und PDS wechselt.“ Von den Grünen erwartet Bartsch trotz der Profilierung seiner Partei in der Friedenspolitik kaum Wählerzulauf. Den habe es selbst zur Zeit des Kosovo-Krieges nicht gegeben.“

Zusammenstellung: jöd

Seit Monaten steigt die Arbeitslosigkeit erneut kontinuierlich an. Sie erreichte statt der von Bundeskanzler Schröder anvisierten 3,5 Millionen im Januar 2002 mit 4,3 Millionen einen neuen Höchststand in dieser Legislaturperiode. Die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession, insbesondere der Osten Deutschlands ist wirtschaftlich und sozial weiter zurückgefallen.

Die zum Gegensteuern gedachten Maßnahmen werden kaum einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten. Das Job-AQTIV-Gesetz mit seiner Konzentration auf die Vermittlung lässt das Kernproblem ungelöst: Es fehlen Arbeitsplätze. Daran ändert auch eine verbesserte Statistik nichts. Der Kombilohn für den Niedriglohnsektor wird am Ende dazu führen, dass sich der Bereich schlecht bezahlter Jobs ausdehnt. Auch die bereits unter der Kohl-Regierung erfolglos praktizierte steuerliche Entlastung der Unternehmen, kombiniert mit erheblichen Subventionen, bringt nichts für den Arbeitsmarkt, im Gegenteil: Erstens werden die durch die Entlastung frei werdenden Gelder mangels Nachfrage nicht in ausreichendem Maß reinvestiert. Zweitens fehlen nun der öffentlichen Hand infolge dieser Steuerpolitik die Finanzen für Investitionen. So fällt auch diese Möglichkeit weg, die Beschäftigung anzukurbeln. Die Einnahmeausfälle durch die Steuerreform sind enorm. Sie belaufen sich von 2000 bis 2006 durch die Entlastung von Unternehmen, großen Kapitaleigentümern und höheren Einkommensschichten auf über 75 Mrd. €.

Angesichts dieser Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt schlägt die PDS-Bundestagsfraktion Sofortmaßnahmen zur schnellen und wirksamen Reduzierung der Arbeitslosigkeit vor. Mit deren Realisierung könnte unmittelbar nach Verabschiedung der entsprechenden Gesetze und nach Bereitstellung der notwendigen Mittel begonnen werden.

Durch die Sofortmaßnahmen können bis zu 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze auf direktem und weitere ca. 200.000 auf indirektem Wege entstehen.

Die für den Bund zusätzlich anfallenden Kosten belaufen sich auf 5,25 Mrd. € jährlich über eine Dauer von fünf Jahren. Die Sofortmaßnahmen stellen eine Verbindung von Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik her: Durch Investitionen oder Arbeitsumverteilung entstehende Arbeitsplätze sollen durch Arbeitslose besetzt werden. Dadurch können bisher zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit eingesetzte Gelder für die Beschäftigungspolitik eingesetzt werden.

Folgende Sofortmaßnahmen sind vorgesehen:

- ein Programm zur Entwicklung der kommunalen Infrastruktur;
- die Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Gruppen, vor allem für ältere Arbeitslose,

Sofortmaßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit

- der arbeitsplatzschaffende Abbau von Überstunden,
- die Erfassung und Besetzung der von Arbeitgebern und Bundesregierung mit 1,5 Millionen angegebenen freien Arbeitsplätze unter Wahrung existenzsichernder Einkommen.

1. In kommunale Infrastruktur investieren

Der Investitionsbedarf der Kommunen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland übersteigt die tatsächlich geleisteten Investitionen beträchtlich. Diese lagen 2001 nur bei 23 Mrd. €. Folgt man dem Deutschen Institut für Urbanistik, beläuft sich der kommunale Investitionsbedarf bis 2009 auf eine Summe von 650 Mrd. €. Infolge der drastischen Kürzungen liegen die kommunalen Investitionen des Jahres 2001 30 Prozent unter dem Stand des Jahres 1992. Dies hat nachhaltig negative Wirkung gerade für das örtliche Handwerk und Gewerbe und damit für den Arbeitsmarkt. Besonders betroffen sind die ostdeutschen Städte und Gemeinden sowie die Kommunen in den strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer.

Unser Vorschlag knüpft an die bereits bestehenden SAM-Regelungen und analoge Vorstellungen einiger Länder vor allem Ostdeutschlands (z.B. Brandenburg) an. Bund, Länder und Gemeinden sollen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein fünfjähriges Investitionsprogramm für die kommunale Infrastruktur in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen der alten Bundesländer auf den Weg bringen. Dieses Programm sollen alle Kommunen in Anspruch nehmen können, deren Arbeitslosenrate mindestens 30 Prozent über dem Durchschnitt der alten Bundesländer liegt.

Eckpunkte des Programms zur Infrastrukturentwicklung

Vergabe von Aufträgen zum Ausbau und zur Pflege kommunaler Infrastruktur sowohl im wirtschaftsnahen Sektor als auch in Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge. Dabei geht es vorrangig um die Stadt- und Dorferneuerung bzw. im Osten Deutschlands um den Rückbau von überflüssigen Wohnanlagen, weiterhin um öffentliche Bildungsstätten sowie soziale und kulturelle Einrichtungen, um Wohnumfeldverbesserungen, touristische Infrastruktur, Wegebau, Denkmals-erhalt und -sanierung, außerdem um Ver- und Entsorgungsanlagen und nicht zuletzt um die Verbesserung der ökologischen Situation. Die Kommunen verfügen über Konzepte für solche Maßnahmen, können sie jedoch mangels finanzieller Mittel nicht in die Tat umsetzen.

Dezentrale, problem- und ortsnahe Steuerung durch die Kommunen.

Verknüpfung von Infrastrukturförderung und Arbeitsförderung: Hier sollen über Einsatz von Strukturanpassungsmaßnahmen nach SGB III (SAM) Mittel der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt werden. Das entspräche dem Prinzip, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Integration von Langzeitarbeitslosen, älteren und jugendlichen Arbeitslosen.

Notwendiges Gesamtfinanzvolumen: 11,5 Mrd. € jährlich, davon 5 Mrd. € Personalkosten (je hälftig durch den Bund und die Bundesanstalt für Arbeit durch SAM-Finanzierung zu tragen) und 6,5 Mrd. € Sachkosten (durch den Bund zu tragen) über eine Dauer von fünf Jahren.

Wirkungen des Programms zur Infrastrukturentwicklung

- Bis zu 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze direkt und weitere 80.000 indirekt (d.h.: Je 1.000 Einwohner 14 zusätzliche direkte Arbeitsplätze (im Durchschnitt)).
- Verbesserung der Standortbedingungen.
- Sanierete Schulen, Kitas, gepflegte Innenstädte, Rückbau nicht notwendiger Bauten usw.
- Dämpfung der Abwanderung.

2. Öffentlich geförderte Beschäftigung für ältere Arbeitslose ausweiten

Im Dezember 2001 waren bereits 16,5 Prozent der registrierten Arbeitslosen (652.053 Personen) älter als 55 Jahre. Diese Gruppe, deren Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, mit steigendem Alter weiter schwinden, bedarf der besonderen Aufmerksamkeit der Beschäftigungspolitik.

Wir wollen, dass die Bundesanstalt für Arbeit ein zusätzliches Programm auflegt und die öffentlich geförderte Beschäftigung für ältere Arbeitslose ab 55 Jahren ausweitet. Die Kosten, die von der Bundesanstalt zu tragen wären, finanzieren sich durch wegfallende Ausgaben für Lohnersatzleistungen. Die Kofinanzierung soll durch den Bund erfolgen sowie in geringerem Maße durch eigenerwirtschaftete Mittel.

Eckpunkte eines Programms öffentlich geförderter Beschäftigung für ältere Arbeitslose

Mit dem Programm sollen bisher vernachlässigte, gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in Angriff genommen werden, insbesondere im Bereich sozialer und kultureller Dienstleistungen:

- die Unterstützung der gesellschaftlichen Selbstorganisation (z.B. Qualifizierung von Ehrenamtlichen, Dienstleistung für Vereine, Unterstützung für Selbsthilfe- und Nachbarschaftsprojekte);

• die Verbesserung öffentlicher Daseinsvorsorge (z.B. Schuldner- und Verbraucherberatung, Jugend- und Seniorenfreizeitprojekte, Breitensport);

- Vorbereitungsmaßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur;
- Förderung sozialer und ökologischer Innovationen (z.B. Gesundheitsläden, Ökologieberatung für Haushalt und Handwerk).

Das Programm soll andere Formen sinnvoller, öffentlich geförderter Beschäftigung nicht ersetzen (z.B. Stellen für Schulsozialarbeiter bei freien Trägern oder den Aufbau überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen), sondern ist eine Ergänzung entsprechender Maßnahmen.

Die Steuerung erfolgt dezentral sowie problem- und ortsnahe durch die Kommunen.

Die zu fördernden Maßnahmen sind als Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose nach SGB III anzulegen. Erstens bringt die damit verbundene fünfjährige Förderdauer für die Betroffenen eine größere Kontinuität der Beschäftigung. Zweitens entsteht ein stabiler Kern öffentlich geförderter Beschäftigung, und drittens können so wiederum Finanzierungsmittel der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch genommen werden. Auch dies entspricht dem Prinzip, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Das Gesamtkostenvolumen beträgt 5 Mrd. € jährlich, über eine Dauer von fünf Jahren. Davon entfallen 2,5 Mrd. € auf Personalkosten, je hälftig durch den Bund und die Bundesanstalt für Arbeit zu tragen, und ca. 2,5 Mrd. € auf Sachkosten. Im Durchschnitt 10 Prozent der Gesamtkosten lassen sich durch Einnahmen der Maßnahmen refinanzieren. Das wären 0,5 Mrd. €. Die Kosten belaufen sich somit auf 4,5 Mrd. €.

Wirkungen der öffentlich geförderten Beschäftigung für ältere Arbeitslose

- Bis zu 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze direkt und weitere ca. 40.000 indirekt.
- Verbesserung der Lebensqualität in den Kommunen.
- Indirekte Verbesserung der Standortqualität.

3. Überstunden abbauen

In Deutschland werden in einem erheblichen Maß Überstunden geleistet, sowohl bezahlte als auch unbezahlte. Obwohl sämtliche Tarifverträge wöchentliche Arbeitszeiten von 40 und weniger Stunden festlegen und der Durchschnitt bei 37,8 Wochenstunden liegt, haben 1997 11,4 Prozent aller Beschäftigten für gewöhnlich länger als 40 Stunden pro Wo-

che gearbeitet. Eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit von 40 Stunden ist deshalb das wirksamste Mittel zum Abbau der knapp zwei Milliarden Überstunden. Das Arbeitszeitgesetz ist so zu ändern, dass die 40-Stunden-Woche zur gesetzlichen Höchst Arbeitszeit wird, die innerhalb eines Ausgleichszeitraumes von vier Monaten erreicht sein muss.

Wirkungen des Überstundenabbaus

Den rund zwei Milliarden bezahlten Überstunden entsprechen rein rechnerisch rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze. Realistische Schätzungen gehen davon aus, dass sich in einem ersten Schritt knapp 10 Prozent der Mehrarbeit in neue Stellen umwandeln lassen. Daraus ergeben sich ca. 100.000 mögliche Neueinstellungen.

Zusätzlich zu diesen ca. 100.000 Arbeitsplätzen entstehen weitere ca. 40.000 indirekt.

Der Überstundenabbau bewirkt keine zusätzlichen Kosten für die öffentliche Hand. Mögliche Qualifizierungsmaßnahmen werden aus dem laufenden Etat der Bundesanstalt für Arbeit finanziert.

4. Erfassung und Besetzung freier Stellen

Die Bundesanstalt für Arbeit meldet durchschnittlich 300.000 bis 500.000 freie Stellen pro Monat. Die Unternehmer reden immer wieder von etwa 1,5 Millionen unbesetzten Stellen und setzen damit die Arbeitslosen unter Druck: Diese seien nicht bereit oder nicht befähigt, die Angebote anzunehmen. Ein solcher Widerspruch verlangt dringend nach einer Lösung.

Eckpunkte für die Erfassung und Besetzung freier Stellen

Die Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit werden aufgefordert, gemeinsam mit den Unternehmen

- die freien Stellen regional und strukturell exakt zu erfassen,
- die freien Stellen regional mit den konkreten Anforderungen bei den Arbeitsämtern auszusprechen,
- ein Programm zur Besetzung der freien Stellen, einschließlich der gegebenenfalls dafür notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen zu erarbeiten und regional umzusetzen.

Dabei müssen existenzsichernde Löhne garantiert sein.

Wirkungen durch die Besetzung freier Stellen

Die sofortige Inangriffnahme eines solchen Programms könnte die Arbeitslosenzahlen deutlich senken. Geht man da-

Der eine hat's versprochen,
der andere hat's vergeigt.
Die Kanzler, die versagen.

Der 1. Mai, der bleibt.

Die linke Kraft

PDS

bei realistisch von einer Besetzung von knapp 10 Prozent der freien Stellen aus, so würden 100.000 Arbeitsplätze neu entstehen. Indirekt entstehen kurz- bis mittelfristig noch einmal ca. 40.000 Arbeitsplätze neu.

Diese Maßnahmen brauchen keine zusätzlichen Mittel der öffentlichen Hand. Mögliche Qualifizierungskosten werden aus dem laufenden Etat der Bundesanstalt für Arbeit finanziert.

Zur Finanzierung der Sofortmaßnahmen

Die Gesamtkosten der Maßnahmen belaufen sich auf 14,5 Mrd. € (kommunale Infrastrukturinvestitionen plus Arbeitsplätze für Ältere). Als Nettokosten verbleiben der Öffentlichen Hand allerdings nur 5,25 Mrd. €.

Ein Teil der jährlichen Gesamtkosten ist zunächst vorzufinanzieren, bevor ein Entlastungseffekt durch vermiedene Kosten der Arbeitslosigkeit eintritt.

Für die Finanzierung wird ein zweistufiges Verfahren vorgeschlagen:

Vorfinanzierung

Um sofort mit der Umsetzung beginnen zu können, werden zur Vorfinanzierung die folgenden Finanzmittel herangezogen:

- Rückflüsse aus der Europäischen Union für nicht abgerufene Fördermittel in Höhe von rund 1 Mrd. € (von 2,3 Mrd. €),
- 2001 nicht verbrauchte Investmittel

der Bahn in Höhe von 400 Mio. €,

- EU-Förderung für Grenzregionen in Höhe von rund 10 Mio. € (von 50 Mio. €),
- 2 bis 3 Mrd. € der Bundesanstalt für Arbeit (eingesparte Lohnersatzleistungen bei 500.000 Arbeitslosen im Jahr 2002),
- Nutzung eines Teils der für die Währungsstabilität nicht mehr benötigten Goldreserven der Deutschen Bundesbank (von insgesamt ca. 36 Mrd. €).

Ab 2003 können die Sofortmaßnahmen aus folgenden Quellen alternativ finanziert werden:

- Durch die Reduzierung der Arbeitslosigkeit vermindern sich die Kosten der Arbeitslosigkeit. Die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit bei 500.000 Arbeitslosen belaufen sich auf insgesamt 9,25 Mrd. €, die für die Refinanzierung zur Verfügung stehen. Bei 14,5 Mrd. Gesamtkosten der Maßnahmen verbleiben der öffentlichen Hand als Nettokosten 5,25 Mrd. € jährlich.

- Eine Reform der

Unternehmenssteuer zu Lasten größerer und ertragsstarker Unternehmen könnte Einnahmen bis zu 5 Mrd. € pro Jahr bringen.

- Eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer ergäbe Einnahmen in Höhe von 7,5 bis 9 Mrd. € pro Jahr.

- Das Aufkommen aus einer reformierten Erbschaftssteuer läge bei 7,5 bis 10 Mrd. € jährlich.

- Die sachgerechte Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen und anderen Finanzanlagen ergäbe ein Mehraufkommen von rund 3 Mrd. € jährlich.

- Die Bekämpfung krimineller Steuerhinterziehung, besonders bei Einkünften aus Zinserträgen und der Veräußerung von Wertpapieren sowie bei der Umsatzsteuer grenzüberschreitender Lieferungen innerhalb der Europäischen Union, könnte 8 Mrd. € pro Jahr bringen.

- Mittel aus dem Rüstungshaushalt wären in Höhe von rund 1 Mrd. € jährlich zu sparen. (Zum Vergleich: Allein im Jahr 2002 gab es für 7,5 Mrd. € Neubeschaffungen.)

- Ab 2004 noch nicht verteilte Zinssparnisse aus der Schuldentilgung durch UMTS-Lizenz Erlöse wären in Höhe von 2,5 Mrd. € jährlich einzubeziehen.

Das vorliegende Sofortprogramm der PDS-Bundestagsfraktion entstand in Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen der PDS.

Schadensersatzklage gegen Nato-Mordaktion

Die Bezeichnung „Kollateralschaden“ für getötete Zivilisten ist für sich genommen schon zynisch – es beinhaltet auch, dass dieser Schaden sozusagen unbeabsichtigt entstanden ist. Eigentlich wollte man punktgenau militärische Ziele treffen, doch leider ging ein Schuss daneben und so wurden Zivilisten getroffen.

Inzwischen wissen wir es besser: Der Einsatz von Flächenbombardements und Splitterbomben, dazu Munition mit abgereichertem Uran millionenfach abgeschossen – da ist der Tod von vielen Menschen bewusst gewollt.

Nicht nur umweltbewusste Menschen können sich ausrechnen, welche auch gerade langfristigen Auswirkungen die Bombardierung von Chemiewerken in Jugoslawien hat. Selten erfahren wir etwas über die Opfer des Nato-Krieges gegen Jugoslawien – das ist nun durchbrochen worden durch eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland, angestrengt von Bewohnern des jugoslawischen Ortes „Varvarin“.

Was geschah dort am 30. Mai 1999? Die Kleinstadt Varvarin mit ca. 4000 Einwohnern liegt am Fluss Morava, 200 km südlich von Belgrad und weitere 200 km vom Kosovo entfernt. Die meisten Menschen arbeiten in der Landwirtschaft oder im Zusammenhang mit ihr, ein kleiner Textilbetrieb ist alles an Industrie.

„In der Stadt selbst und in der näheren Umgebung waren zu keinem Zeitpunkt militärische Einrichtungen stationiert. Von militärischen Truppentransporten wurde die Stadt ebenfalls nicht tangiert. Die nächstgelegene militärische Einheit befand sich ca. 22 km von Varvarin entfernt.“ (1)

Die Brücke über die Morava bildet den östlichen Eingang in die Stadt, die direkt bis ans Flussufer reicht.

„Die Brücke wurde am Sonntag, den 30. Mai 1999 mittags zwischen 13:00 und 13:25 (Uhr) durch Kampfflugzeuge der Nato bei klarem Wetter und Sonnenschein angegriffen und zerstört. Zum Zeitpunkt des Angriffs befanden sich in unmittelbarer Nähe der Brücke ca. 3000 bis 3500 Menschen. (2)

In der Nähe wurde auf einem Kirchengelände das Fest der Heiligen Dreifaltigkeit gefeiert, außerdem war Sonntagsmarkt. Auf der Brücke befanden sich Menschen in Pkws, Fahrradfahrer und Fußgänger.

„Der Angriff erfolgte ohne jede Vorwarnung: In einer ersten Angriffswelle von zwei Kampfflugzeugen der Nato, die nach Zeugenaussagen in einer Höhe von ca. 100 bis 300 m die Brücke anfliegen, wurden zwei Raketen vom Typ AGM 65

auf die Brücke abgefeuert. Im Ergebnis dieser ersten Angriffswelle, mit der die Brücke bereits vollständig zerstört worden war, gab es eine Vielzahl von Todesopfern und verletzten Personen zu beklagen.

Unter den Menschen in der Stadt brach Panik aus. Viele von ihnen rannten vom nahegelegenen Kirchengelände und vom Markt zur Brücke, um Erste Hilfe zu leisten. Kaum hatten sie die Brücke erreicht und mit Hilfsmaßnahmen begonnen, erfolgte die zweite Angriffswelle durch zwei Kampfflugzeuge der Nato. Nach Schätzungen der Zeugen lagen zwischen den beiden Angriffswellen lediglich 3 bis 5 Minuten. Wieder wurden zwei Raketen auf die bereits zerstörte Brücke abgeschossen. Die Folge war, dass es nun unter den hilfeleistenden Menschen Tote und Verletzte gab... Eine damals 15jährige Schülerin wurde von 66 Splittern getroffen, von denen über 20 bisher noch nicht entfernt werden konnten...

Die Nato hat bei ihrem Angriff auf die Brücke in Varvarin insgesamt 10 Menschen getötet, über 30 weitere Personen verletzt, davon 17 schwer. Die 17 Schwerverletzten haben lebenslange Dauerschäden erlitten. Alle Opfer dieses Angriffs sind Zivilpersonen.“ (3)

Die mit den Zahlen 1 bis 3 gekennzeichneten Zitate stammen von Rechtsanwalt Ulrich Dost aus Berlin, der eine Schadensersatzklage der Opfer von Varvarin gegen die Bundesrepublik Deutschland vertritt.

Die rechtliche Bewertung dieser Aktion der Nato muss erfolgen nach der Genfer Konvention bzw. dem Zusatzprotokoll I zu dieser Konvention. „Es gehört zu den ältesten und elementarsten Regeln des humanitären Völkerrechts, dass bei militärischen Aktionen zwischen militärischen Zielen und Kombattanten einerseits und zivilen Objekten und der Zivilbevölkerung andererseits zu unterscheiden ist und dass es verboten ist, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte anzugreifen (Art. 48 Zusatzprotokoll I).“ (RA Dost)

Logischerweise weiß auch die Bundesregierung, welche Folgen eine erfolgreiche Klage der Menschen aus Varvarin nicht nur finanziell, sondern vor allem politisch hat. Wie sollen denn weitere Kriege für „den freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ (Verteidigungspolitische Richtlinien, nirgendwo beschlossen, aber faktisch in Kraft) geführt werden, wenn die „Kollateralschäden“ plötzlich aufmucken und Geld kosten?

Die Qualität der deutschen Justiz lässt diese Klage als aussichtslos erscheinen – doch was wäre, wenn sie massenhafte Unterstützung findet?

Finanzielle Unterstützung ist auch erforderlich!

Spendenkonto: Vereinigung demokr. Juristen e.V. Berliner Sparkasse (BLZ 10 500 00) Konto 33 52 20 14

Verwendungszweck: „Schadensersatz für Nato-Kriegsopfer“ Ulf Fiedler

Bundeswehr im weltweiten Einsatz

Weltweiter Einsatz von Bundeswehrosoldaten soll zur Normalität werden. Ein solcher Einsatz von Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan ist inzwischen bestätigt, ohne dass das größere Aufregung verursacht hat. Wissen wir, ob nicht schon Kriegsverbrechen begangen wurden von diesen toll Jungs? Die Marine schippert völlig selbstverständlich vor dem Horn von Afrika herum und kontrolliert den Schiffsverkehr.

Spürpanzer „Fuchs“, die chemische oder radioaktive Stoffe aufspüren können, üben im Nahen Osten.

Es ist keine Operette, sondern Wirklichkeit, wenn der ehemalige König wieder in Afghanistan erscheint – derselbe, der 1940 (!) dem Deutschen Reich einen erfolgreichen Kriegsverlauf wünschte.

*Der große König der Afghanen
Der sprach zu seinen Untertanen:
Ich hab das Abendland bereist
und bin ganz voll vom neuen Geist!
Wir müssen uns modernisieren
um mit der Welt zu konkurrieren!
Doch letzten Endes fehlt uns nur
Die europäische Kultur!...
Doch Amanullahs Bergbewohner
verhauen die Kulturdragoner,
die ringsherum Afghanistan
mit Zivilisation versahn.
Da wurde Amanullah wütig:
Die Bande wird zu übermütig!
Ich hab's im Abendland studiert,
wie man das Volk zivilisiert!
Drauf schickte er ein Heer Soldaten,
und schoß mit Bomben und Granaten
die Bergbewohner kurz und klein.
Nun werden sie wohl artig sein! ...
Die armen Hirten dahingegen,
die wissen jetzt: Der Bombensegen,
der da in ihre Hütten fuhr,
war europäische Kultur.*

(Erich Weinert, 1928)

George Bush sen. hatte schon eine „Neue Weltordnung“ verkündet, die auszubauen sein Sohn George W. Bush aktiv ist. Diese Ordnung ist davon geprägt, dass die USA mit Abstand die stärkste Macht auf der Welt ist. Hatte im Kosovo-Krieg 1999 die Nato unter Führung der USA das Völkerrecht und die UNO ignoriert, so macht das jetzt die USA alleine. Ihre Verbündeten dürfen allenfalls mit machen, wozu sie sich auch drängeln – besonders offensichtlich das Schröder/Fischer-geführte Deutschland. Man bedenke, dass die Staatengruppe, die die Demokratie quasi im Schilde führt, untereinander keineswegs partnerschaftlich miteinander umgeht – es geht eben um Macht!

Der Schutz der Zivilbevölkerung und

die Behandlung der Kriegsgefangenen ist Teil der Internationalen Rechtsordnung. Das schert die USA aber nicht, solche Zimperlichkeiten werden vom Tisch gewischt. Wurden für die Gefangenen schon Standgerichte eingeführt, werden sie nun auch in einer US-Marinebasis auf Kuba(!) unter üblen Bedingungen gefangen gehalten.

Ein schon lange übliches „Spiel“ ist es, Terror nur zu brandmarken, wenn er nicht für die eigenen Zwecke eingesetzt wird. Das ist auch und gerade zu beziehen auf die Situation in Palästina: Nicht einmal der Holocaust an den europäischen Juden rechtfertigt das Vorgehen der Regierung Sharon – palästinensische Selbstmordattentate gegen die jüdische Bevölkerung ist ebenfalls nicht zu rechtfertigen!

Der Krieg in Afghanistan ist erklärtermaßen erst der Anfang – offen im Gespräch ist ein Krieg gegen den Irak. Doch ist diesmal die Situation eine andere als nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak. Die damalige Koalition ist wohl nicht mehr herzustellen. Die Benutzung von inländischen Kräften als Ersatz für eigene Bodentruppen wie die UCK im Kosovo oder die Nordallianz in Afghanistan ist wohl im Irak nicht möglich. Stattfinden wird auf jeden Fall ein massives Bombardement – dabei müssen auch die Äußerungen in den USA über den fährbaren Atomkrieg ernstgenommen werden, der wildgewordenen Bush-Regierung ist alles zuzutrauen!

Empfohlen werden soll hier das neueste Buch von Winfried Wolf: „Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung“, in dem wie immer eine fundierte Analyse der Situation – hier am Anfang des Jahres 2002 – abgeliefert wird.

(Konkret Literatur Verlag, ISBN 3-89458-209-X) huf

Ein neuer MEGA-Band mit Artikeln aus dem Jahre 1855

Marx' schwerstes Jahr

von Eike Kopf, Peking in *Junge Welt*

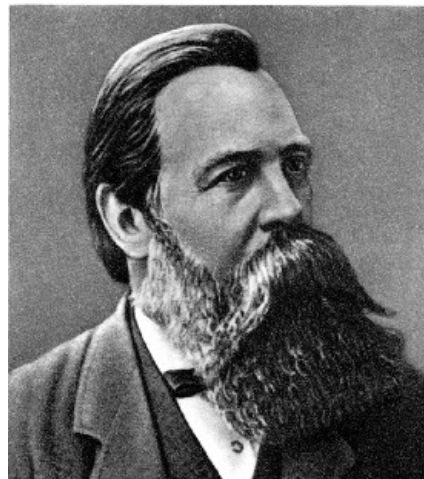
Mitte Dezember 2001 erschien, herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, im Berliner Akademie Verlag der 14. Band der Ersten Abteilung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe. Er enthält Werke, Artikel und Entwürfe von Karl Marx und Friedrich Engels von Januar bis Dezember 1855 und besitzt einen Umfang von 1710 Seiten.

Bei den Bearbeitern des Bandes handelt es sich um profunde Marx-Engels-Forscher von internationalem Ruf. Der wissenschaftliche Apparat, den wir den Bearbeitern verdanken, ist mit 858 Seiten sogar noch umfangreicher als die 837 Seiten umfassenden Originaltexte von

Marx und Engels.

Er enthält eine fundierte, ausführliche Einführung, Darstellungen zu den Textgeschichten, Varianten- und Korrekturverzeichnisse sowie Erläuterungen zu jedem edierten Dokument. Neben dem Literaturregister und dem Verzeichnis der Forschungsliteratur findet sich ein geographisches- und umfangreiches Sachregister. Das Namensregister, das allein schon mit immensen Nachforschungen verbunden war, verzeichnet und annotiert 930 Namen. So hat der Benutzer zugleich ein solides Werk zur vorwiegend europäischen Geschichte bis zum Jahre 1855 zur Verfügung. Mit diesem Band liegen nun 44 Bände (in 51 Büchern) der 1995 auf 114 Bände berechneten Gesamtausgabe vor. Es hat also noch nicht einmal die Hälfte aller Bände das Licht der Welt erblickt.

Der neueste MEGA-Band enthält wenig „Spektakuläres“, aber viel Subtiles, Spezielles, Bemerkenswertes und noch immer Lehrreiches. Man muss sich gedanklich in den genannten Zeitraum versetzen: Erst sieben Jahre zuvor waren die

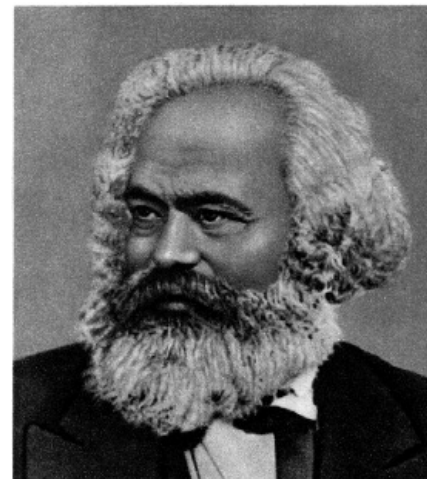


bürgerlich-demokratischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Spanien, Italien, den Niederlanden und Norwegen niedergeschlagen worden. Marx war am 26. August 1849 aus Paris ausgewiesen worden und ging nach London ins Exil – bis zu seinem Lebensende. Engels hatte Mitte November 1850 im Textilunternehmen Ermen & Engels in Manchester wieder seine Kontortätigkeit aufgenommen, durch die er Marx' Familie materiell unterstützen konnte. Ende Mai 1851 waren mehrere Mitglieder des Bundes der Kommunisten verhaftet und des Hochverrats angeklagt worden; vom 4. Oktober bis 12. November 1852 folgte der Kommunistenprozess zu Köln. Die fortschrittlichste Organisation der Arbeiterbewegung existierte auf der Erde eigentlich nur noch in der englischen Chartistenbewegung (1837 entstanden, um einen Verfassungsvorschlag, die „Volkscharta [People's Charter]“ durchzusetzen, ab Juli 1840 organisiert in der Nationalen Chartisten-Assoziation).

In der Einführung des neuen Bandes

wird zu bedenken gegeben, dass 1855 das wahrscheinlich schwierigste Jahr für Marx in der Emigration gewesen ist. Am 6. April 1855 starb sein Sohn Edgar. Um seine Familie ernähren zu können, betätigte sich Marx als Journalist für die vielgelesene New York Tribune und für die in Breslau herausgegebene Neue Oder-Zeitung. Dabei wurde er selbstlos und tatkräftig von Engels unterstützt (dass Engels Artikel schrieb, die Marx an Zeitungen sandte, ist noch nicht lange bekannt), der sich dabei als Sachkenner in Militärfragen erwies. Das war wichtig, weil die Öffentlichkeit hinsichtlich des Weltgeschehens auch über den Fortgang der Kriegshandlungen auf der Halbinsel Krim informiert werden sollte.

Auf der Grundlage ihrer materialistischen Geschichtsauffassung betrieben Marx und Engels zeitgeschichtliche Untersuchungen und vertieften mit ihrer journalistischen Tätigkeit zugleich ihre Fähigkeit zu gesellschaftlichen Analysen. So liest man – um einige Kostproben zu geben – die Feststellung, dass die englische Aristokratie zwar das Regierungs-



monopol innehatte, jedoch seit 1830 gezwungen sei, die innere Politik ausschließlich im Interesse der industriellen und kommerziellen Mittelklassen zu leiten, so dass selbst die Times feststellte, die oligarchische Staatsmaschinerie stehe im grellsten Widerspruch zur britischen „Gesellschaftsmaschinerie“ (S. 5). Damit war der reale allgemeine gesellschaftliche Zusammenhang ausgedrückt, dass sich unter veralteten Formen ein neuer Inhalt entwickelt hat, der leicht zu krisenhaften Zuständen führen kann.

Ein weiterer konkreter Beleg für diesen Zusammenhang bot sich Marx und Engels angesichts der Kriegshandlungen auf der Halbinsel Krim, die zu jener Zeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen.

Seit 1853 führte Russland einen Krieg gegen die Türkei und ab 1854 auch gegen deren Verbündete Frankreich und England, denen 1855 Sardinien folgte, um die Vorherrschaft im Nahen Osten und um die Festigung seiner Position am Schwarzen Meer und auf dem Balkan. Marx schreibt über die von den russischen

Truppen am 5. November 1854 auf der Krim bei Inkermann (östlich von Sewastopol) verlorene Schlacht, diese sei „eine sichere Anzeige des Verfalls jener Treibhausentwicklung, die Rußland seit Peter dem Großen genommen hat. Das künstlich beschleunigte Wachstum und die enorme Anstrengung, mit halbbarbarischem Material den Schein einer glänzenden Civilisation aufrecht zu erhalten, scheint die Nation bereits erschöpft [...] zu haben.“ (S. 7)

In gewisser Weise mögen solche konkreten Studien zu der allgemeinen sozialphilosophischen oder -historischen Erkenntnis beigetragen haben, die Marx 1859 in die Worte fasste: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind“ (Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. MEW, Bd. 13, S. 9) und 1867 so formulierte: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist – und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft [Mehrwertgesetz – E.K.] zu enthüllen –, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“ (Das Kapital. Vorwort zur ersten Auflage. In: MEW, Bd. 23, S. 15/16).

Außer den Beiträgen zum Geschehen auf der Krim berichtete Marx vor allem den deutschen Lesern über die Debatten im Londoner Parlament und machte auf die sich anbahnende wirtschaftliche Krise aufmerksam, die sich etwa zwei Jahre später auch empfindlich bemerkbar machen sollte. Der Band enthält auch die umfangreiche militärgeschichtliche und -theoretische Arbeit „Die Armeen Europas“ von Friedrich Engels für eine amerikanische Fachzeitschrift (S. 467–528). Insgesamt enthält er 200 Beiträge, von denen 34 zum ersten Mal veröffentlicht werden.

Da die MEGA die Texte von Marx und Engels in den Originalsprachen bietet, werden auch im vorliegenden Band die zahlreichen in der New York Daily Tribune in englischer bzw. amerikanischer Sprache geboten. Es bleibt also immer noch die Aufgabe, auf der Grundlage der akademischen MEGA anschließend Leserausgaben für deutsche Leser herauszubringen, sofern die Texte nicht schon in den weit verbreiteten 43 blauen MEW-Bänden enthalten sind. Für das literarische Erbe von Marx und Engels galt und gilt, was Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) in seinen „Sinngedichten“ 1753 schrieb: „Wer wird nicht einen Klopstock loben? Doch wird er ihn lesen? – nein. Wir wollen weniger erhoben und fleißiger gelesen sein.“

Quelle: *Junge Welt* 4.5.2002

Rezension: Vertragspolitik zwischen der DDR und der BRD

„Vieles wurde geregelt“

von Franz-Karl Hitzte

Nach Egon Bahr, Klaus Bölling, Günther Gaus, Valentin Falin und Julij Kwisinski hat jetzt Karl Seidel seine Erfahrungen im diplomatischen Dienst veröffentlicht. Karl Seidel war zwischen 1970 und 1990 – ergo 20 Jahre – Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Es fiel ihm nicht leicht über diese Zeit zu schreiben. Zumal er nach seinem sang- und klanglosen Ausscheiden aus dem Ministerium alle seine Unterlagen ins Archiv gegeben hat. Seidel hat die Erkenntnisse seiner oben genannten Partner bzw. Kontrahenten aufmerksam studiert. Sie „haben manche Ereignisse für mich aus anderer Sicht her aufgehehlt“. Der Autor schreibt keine Geschichte der Beziehungen DDR-BRD. Er will seine „Erfahrungen in den historischen Gesamtzusammenhang der deutsch-deutschen Beziehungen“ stellen. Er berichtet über seine Arbeit und Zuarbeit für die Obrigkeit, über Hintergründe, Methoden und diplomatische Finessen und Verhandlungstricks vor allem der anderen Seite, wo Egon Bahr seinen Verhandlungsspielraum hemmungslos ausgenutzt habe. Seidel gesteht, dass die DDR-Seite immer nur an ihre Direktiven gebunden war. Er berichtet über die Treffen zwischen Willi Stoph und Willy Brandt in Erfurt und Kassel, die Verhandlungen zum Grundlagenvertrag, über Gespräche zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt und Dr. Helmut Kohl in Werbelinsee und Bonn. In Belgrad und Moskau. Überall saß der Abteilungsleiter BRD im Berliner Außenministerium als „Protokollant“ mit am Tisch. Und trotzdem – so makaber es klingt – er wusste nicht alles. Die Fäden hielt vor allem Erich Honecker zusammen. Vor allem nach 1972 wird in dessen Auftrag mit Helmut Schmidt über den Kanal von Rechtsanwalt Vogel / Herbert Wehner oder zwischen Günter Mittag und Schmidt oder zwischen Schalk-Golodkowski und Leisler-Kiep gesprochen, „gekungelt“ oder Post ausgetauscht. Der Autor wertete bei der stark besuchten Präsentation seines Buches „Berlin-Bonner Balance“ die Tatsache, dass zwischen Honecker und Schmidt ca. 30 Briefe ausgetauscht wurden, als eine ungewöhnliche Praxis zwischen Regierenden.

In seinen Betrachtungen dringt er tief in die Politik der gegenseitigen Beziehungen und des komplizierten Geflechts ein. „Die DDR hat tatsächlich gutnachbarliche Beziehungen gewollt“, versichert er. „Vieles wurde geregelt. Honecker ging sehr weit, um den Druck im Inneren abzubauen, z.B. Ausreisegeneh-



1987: Honecker wird von Bundeskanzler Kohl mit den protokollarischen Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen.

migungen, Reisen in dringenden Familienangelegenheiten, Kulturaustausch, Städtepartnerschaften (über 100), Regelung von Umweltfragen, Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik u.a.“ Seidel verhehlt aber auch nicht: „all dies meist gegen Widerstand der sowjetischen Führung“. Bedrückend nimmt der Leser Episoden in den deutsch-deutschen Beziehungen zur Kenntnis, um die der Autor keinen Bogen macht. So z.B. auch nicht um einen Eklat, der Ende 1978 die Beziehungen zeitweise belastete. Die DDR hatte Moskau um Zustimmung zu den Vereinbarungen mit der BRD und Westberlin vom 16. November gebeten, wo mehrere Vereinbarungen, Protokolle und Briefwechsel bestätigt wurden. In einem Vieraugengespräch zwischen Gromyko und Oskar Fischer fiel der sowjetische Außenminister „völlig aus der Rolle“. Seidel und sein Partner im sowjetischen Außenministerium, Alexander Bondarenko, waren dabei. „Zornrot rief Gromyko aus: ‚Das ist eine Schweinerei‘.“ Oskar Fischer, so schreibt Seidel, „blieb ganz gelassen“ und sagte nur: „Ich habe Ihre Äußerungen gehört, Andrej Andrejewitsch, ich werde meiner Führung berichten“. (S. 226)

Die DDR bekam schließlich die sowjetische Zustimmung für ihre Verhandlungsergebnisse. Kwisinski bestätigte in einem seiner Bücher, dass Gromyko die nach dem Abschluss des Grundlagenvertrages einsetzende Vertragspolitik der DDR mit der BRD „mit großen Zweifel verfolgte“.

Das Buch von Karl Seidel, einem der begabtesten DDR-Diplomaten, zeichnet sich durch hohen Informationswert, Sachlichkeit und politische Nüchternheit aus. In seinen Darlegungen bleibt Seidel bescheiden und zurückhaltend. Historiker, die über die Geschichte der beiden deutschen Staaten forschen, werden an diesem Buch nicht vorbei kommen. Seidel lässt die erlebte Vergangenheit in anderem Licht erscheinen. Schade, dass der Autor im verlegerischen Interesse über 300 Druckseiten streichen musste.

Karl Seidel, Berlin-Bonner Balance, edition Ost im Verlag das neue Berlin, 2002, br., 440 Seiten, 16,90 Euro, ISBN: 3-360-01034-5

19. bis 26. Mai, Athen: Konferenz des Europäischen Friedensforums: *Für eine europäische Friedensordnung – Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO* (Arbeitsstiel)

22./23. Mai, Berlin und bundesweit: *Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...* Anlässlich des Deutschlandbesuchs von US-Präsident Bush am 22. und 23. Mai 2002 ruft die Friedensbewegung zu Demonstrationen und Kundgebungen im ganzen Land auf.

24./25. Mai, Köln: Kommen und bleiben – *Migration und interkulturelles Leben in Deutschland*. Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

2. Juni, Berlin, SPD a.o. Bundesparteitag, Wahlprogramm

8. Juni, Frankfurt a.M.: *Alternativen braucht das Land – Opposition gegen falsche Politik*. Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, Konferenz der Initiative für einen Politikwechsel zur Bilanz der Regierungspolitik und Alternativen, u.a. mit Norman Paech, Arno Klönne, Karl Georg Zinn, Peter Strutynski, Richard Detje, Brigitte Stolz-Willig, Wolfram Burkhardt, Daniel Kreutz, Oliver Moldenhauer, Joachim Spangenberg

16.-18. Juni, Frankfurt/M.: CDU-Parteitag

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: *4. Europäischer Kongress für Friedenserziehung*. Veranstalter: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden. Das Motto lautet: „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ In Friedenswerkstätten, Workshops, Diskussionsrunden und Ausstellungen werden sich die Teilnehmer/innen damit beschäftigen, was in den Bildungsstätten der europäischen Länder gegen den Krieg und gegen die Bereitschaft, politische Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, getan werden kann.

25.-28. Juli: *Linke Sommerschule*, Termin bitte vormerken

30. August bis 1. September: *Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“*.

Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Internationale Rosa-Luxemburg-Tagung. Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: *Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges*, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

22. September: *Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern*

12./13. Oktober 2002: *PDS-Parteitag*. Die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

2. Februar 2003: *Landtagswahl in Niedersachsen*

2. März 2003: *Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein*

+++ warning +++ Bush in Berlin +++ warning +++

„Achse des Friedens“

Erklärung des Bündnisses zum Besuch von George W. Bush am 22./23. Mai in Berlin

Im Mai begibt sich der US-amerikanische Präsident George W. Bush auf eine Tour durch Europa, um die Regierungen auf die Fortsetzung des weltweiten Krieges einzuschwören. Afghanistan war erst ein Anfang. Dieser Krieg führt dazu, dass die Tendenz, Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, überall auf der Welt verstärkt wird, wie etwa im Nahen Osten.

Längst ist aus dem Recht auf Selbstverteidigung, das die US-Regierung nach den Anschlägen am 11. September für sich in Anspruch nahm, ein Vorwand für die Kriegsführung geworden. Mit den Militäreinsätzen wird eine militärische und ökonomische „neue“ Weltordnung ausgebaut, in der eine Minderheit auf dieser Welt alle Ressourcen für sich beansprucht – aktuell Erdöl und Transportwege in Afghanistan und dem Irak – und der großen Mehrheit der Weltbevölkerung damit die Lebensgrundlagen entzieht.

Um dies zu erreichen, werden völkerrechtliche, menschenrechtliche, Abrüstungs- und umweltpolitische Konventionen (u.a. ABM-Vertrag, Konvention über Biowaffen, Kyoto-Protokoll, UN-Charta) missachtet. Kriege werden als humanitäre Einsätze verklärt. Der Gipfel der Perversion wird erreicht, indem der Welt der Einsatz von Nuklearwaffen angekündigt wird.

Es droht der Albtraum eines permanenten globalen Krieges.

Dieser ist verbunden mit einer beispiellosen neuen Rüstungsspirale. Allein der US-Militäretat soll um 48 Mrd. \$ auf 379 Mrd. \$ jährlich erhöht werden.

Mit nur 40 Mrd. \$ jährlich kann laut UNO Umweltbehörde UNEP gewährleistet werden, dass alle Menschen sauberes Wasser, eine Grundversorgung in Nahrung und Gesundheit und alle Kinder eine Grundausbildung erhalten.

Der Krieg und dessen Vorbereitungen wirken auch nach innen in Form sozialer Demontage, Aushebelung bürgerlicher Rechte und der Militarisierung der Gesellschaft insgesamt.

Auch wir leben in einem Land, das sich aktiv an den völkerrechtswidrigen Militäreinsätzen bis hin zu Angriffskriegen beteiligt. Während deutsche KSK-Soldaten in Afghanistan kämpfen, werden deutsche Spürpanzer in dem an Irak grenzenden Kuwait in Stellung gebracht, Kriegsschiffe der Bundeswehr kreuzen vor Somalia.

Deutschland führt Krieg!

Allein im letzten Krieg gegen den Irak (zweiter Golfkrieg) und an den darauffolgenden Sanktionen starben über eine Million Menschen.

Lasst so eine Katastrophe nicht noch einmal geschehen – egal wo!

Eine Welt ohne Kriege ist möglich. Die gigantischen Mittel für die Rüstung müssen dafür genutzt werden, die Armut zu beseitigen und die elementaren Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen.

Gegen die Ohnmacht und das Entsetzen – um die Zerstörungen, Elend und Hass zu stoppen – wir müssen selber handeln, selber eingreifen.

„Der Frieden ist der Ernstfall!“ – Darauf kommt es an! (Zitat von Altbundespräsident Gustav Heinemann)

Dienstag, 21. Mai 2002

Bundesweite DEMONSTRATION in Berlin

16:00 Uhr Unter den Linden / Neue Wache

ab 17:00 Uhr Kundgebung Alexanderplatz

Mittwoch, 22. Mai 2002

Proteste: „Achse des Friedens“ zwischen Humboldt-Universität und Berliner Dom

Demonstration und Kundgebung

18:00 Uhr Bush-Trommeln am Berliner Dom

und zeitgleich in vielen Städten

www.achse-des-friedens.de

Email: kontakt@achse-des-friedens.de

Spendenkonto: Deutscher Friedensrat e.V. Kto-Nr.: 4385767100, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Stichwort: „Mai2002“